

Posener Zeitung.

Achtundsechzigster Jahrgang.

Annoncen-Bureau
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
Königstr. 18.)
bei C. H. Hirte & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Strichard,
in Breslau bei Emil Habath.

Nr. 25.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Breslau 4 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 10 Januar. Der Lehrer Heinrich Faltenhagen ist als zweiter Lehrer an die Präparandiananstalt zu Diepholz berufen, der bisherige Wasserbau-Ingenieur Karl Hartwig Sudanic zu Dörf, Landkreisbezirk Stade, als 1. Kreisbaumeister derselbe, der Lehramtskandidat Dr. Adolph Slaby zum Gewerbeschulehrer ernannt und an der 1. Gewerbeschule zu Potsdam angestellt worden.

Zur Lage der Gemeindebeamten.*)

Die Anforderungen der Verwaltung an die Städte wachsen von Jahr zu Jahr. Beispielsweise auf dem Gebiete der Militärverwaltung hat sich aus der Bestimmung des Serviseregulatiss vom 17. März 1810, daß die Gemeindebehörde den Se. vis einzuziehen und für Vertheilung desselben zu sorgen hat, in 60 Jahren die vollständigste Garnisonverwaltung ohne jegliche Vergütung entwickelt. Ebenso wächst mit der Ausdehnung des Steuerwesens die Mehrarbeit. Die Polizeiverwaltung allein erheischt in jeder Stadt die Anstellung mehrerer Beamten, die Executive des Civilstandsgesetzes ist ohne Weiteres der Gemeinde auferlegt worden und die Statistik — eine früher ganz unbekannte Größe — streckt ihre Fühlhörner auch schon bis an den Tisch des Gemeindebeamten, um von ihm unentgeltlich Mabrun zu ziehen. Ein Bürgermeister muß heute schon der Fasche eines Tausendklinslers gleichen, aus welcher in buntem Durcheinander Alles herausgeschüttelt wird, was das Herz des Publikums und der staatlichen Vorschung behagt — er muß bald Polizeimann, bald Armenvater, bald Richter, Steuerbeamter, Militärbeamter, Statistiker, Nationalökonom, Kirchen- und Schulpatron, Curator aller möglichen Institute, Vorsitzender aller möglichen Vereine und schließlich noch Civilpastor sein.

Dieser mühevollen Stellung gegenüber, welche dadurch noch besonders angenehm gemacht wird, daß a conto des Rechtes mit selbst zu verwalten auch Jedermann befugt ist, zu raisonnieren und zu intranieren, hat die Staatsregierung denn auch dafür gesorgt, daß die Leutchen brillant besoldet sind. In kleineren Städten bezahlen sie 4—500 Thlr., in größeren sogar mehr, ja es soll vorkommen, daß in einzelnen durch besonders humanae Stadtverordnetenversammlungen sich auszeichnenden Orten das Gehalt bis zu 1000 und 1200 Thlr. normirt ist. Höher freilich können nur ganz große Städte greifen, sonst werden die Städtecker in übermäßigen Maße angegriffen werden und der Staatsregierung zu zumuthen, den Beamten ihrer Organe — denn das sollen ja die Städte doch wohl sein — für Erledigung der Anforderungen die rein staatlichen Angelegenheiten umfassen, eine Vergütung zu gewähren, wäre wohl eine Ungerechtigkeit. Warum soll denn ein Gemeindebeamter mit 400 Thlr. in einer Stadt wie z. B. Wollstein nicht auskommen? Wenn daher die dortigen Stadtverordneten das bisherige Gehalt von 500 Thlr. auf 450 Thlr. ermäßigt haben, nachdem der bisherige Inhaber mit Tode abgegangen, so sind sie noch zuerst eoulant verfahren. „Was scheert mich Weib, was scheert mich Kind, daß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind“ hat ja der Bürgermeister auch in Wollstein das Recht mit Heine zu singen. Dann schnallt er sich den Schwachtrienen um und bezahlt honoris causa einen Thaler für das Billet zur Vorstellung, die der Dilettantenverein zum Besten der Armen arrangiert und in welcher die wohlgenährten Töchterlein verschiedener Herren Stadtverordneten so entzückend spielen werden, daß man wohl satt werden kann.

Selbstverständlich rangiert das Grähat der anderen Gemeindebeamten nach dem des Herrn Bürgermeisters und zwar lediglich, schon weil man doch dem Untergebenen nicht mehr als dem Vorgesetzten geben kann. Nebenämter dürfen nur mit Genehmigung der hohen Regierung und der Stadtverordnetenversammlung angenommen werden — dafür sind Nebenausgaben wie die obige dringend erlaubt — und wenn der Mann gestorben ist, kommt die Witwe ins Armenhaus.

Dass der Lage der Gemeindebeamten nach dieser Richtung hin endlich aufgeholfen werden muss, unterliegt für Jeden, der sich nur die Wahrheit giebt, einem einzigen Blick auf dieselbe zu werfen, keinem Zweifel. Und zwar in doppelter Weise. Es muß sowohl einmal im Wege der staatlichen Gesetzgebung das Gehalt derselben in angemessener Weise normirt, als auch den Beamten selbst andererseits Gelegenheit gegeben werden, für die Zukunft ihrer Familie nach ihrem Tode zu sorgen.

Was den ersten Punkt anbetrifft, so ist es uns völlig unklar, wie die Staatsregierung dem offenkundigen Notstande, welcher in den Gemeindebeamtenkreisen herrscht, fernerweit ruhig zujusehen vermag. Während der Staat der Erhöhung der Preise aller Lebensbedürfnisse gegenüber sofort den unmittelbaren Beamten hülfreich beiprangt, während ihn die Lehrerpetitionen sehr entgegenkommend gefunden, während er versprochen, den Geistlichen sogar den unbedeutenden Ausfall zu erlassen, der ihnen an Sponteln durch das Civilstandsbeamten-Gesetz erst werden wird, röhrt er keine Hand den Klagen der Gemeindebeamten gegenüber, deren Not zu beseitigen ihm nichts kostet, als ein Gesetz. Ein Gesetz! was will das in der Zeit der Dampfgesetzgebung sagen! — und noch dazu ein Gesetz, welches keinen Widersacher haben würde! denn wenn man den löslichen Stadtverordneten-Versammlungen traut, so können sie es immer nur mit ihrem Gewissen nicht vereinen, die Stadt durch Erhöhung der Gehälter ihrer Beamten zu belasten; wenn daher der Gesetzgeber ihnen das Gewissen ein wenig entlasten hilft, so werden sie ruhig schlafen,

*) Wir nehmen diesen aus der Provinz eingeführten Artikel, obwohl wir nicht mit allen Ausführungen übereinstimmen, hier auf, weil er gewisse Verhältnisse interessant beleuchtet und manche Anregungen enthält, welche Angesichts der g. planten Reform der Städteordnung erwünschte Diskussionen herbeiführen können. Widerlegende Ausführungen in geeigneter Form sollen in unserer Zeitung ebenfalls Aufnahme finden.

Red. der Posener Ztg.

Dienstag, 12. Januar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechzehnpfennige Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittag angenommen.

1875.

wie bisher. Freilich in mancher Stadt ist es anders. Das an der Spitze der Provinz marschrende Städtchen Rawicz schreibt die Bürgermeisterstelle mit 200 Thlr. Gehalt mehr aus, nachdem ihnen der consul, als sie sie ihm nicht gegeben, einfach den Rücken gelebt.

Da kommt denn der Gemeindebeamte zu der absoluten Nothwendigkeit, sich Nebenerwerb zu verschaffen. Aber ja Vorsicht! Wenn z. B. ein Stadtsekretär in einem Städtchen, nicht weit von der russischen Gräze, in seinen Nebenstunden Schankconcessionsgesuche für Geld anfertigt — so kann er angeklagt werden und froh sein, wenn er vom Appellgericht freigesprochen wird. Ebenso keine Agenturen! Mit dem Geldabsenden ist das eine schlimme Geschichte, wenn daheim kaum Kartoffeln und Salz! und ehe man Geld bekommt, muß man bitten und laufen und sich von der Concurrenz befudeln lassen! Auch nicht auf dem Gericht langzirren, das ist wieder nicht nobel! Aber was denn sonst? Da können wir als eine ganz einträgliche Arbeit Aehrenlesen und Kartoffelhacken em; schen, wo zu sich am besten Wurstsuppe trinkt. Das löscht den Staub, kräftigt und kostet nichts. Der natürlichste Weg, eine Besserung zu erzielen, wäre eine Petition an das Abgeordnetenhaus, aber er ist leider schon wiederholte vergeblich beschritten. Das im Herrenhause derartige Gefuch nicht reussiren, liegt auf der Hand. „Wer auf des Lebens Sonnenhöhe, hoch über allen Wolken steht, sieht winig klein die Last des Wandlers, der tief im Thal bergaufwärts geht“ — wobei wir nicht blos an die großen Herren Oberbürgermeister, sondern an die großen Herrn überhaupt denken. Wenn aber das Abgeordnetenhaus sich ebenfalls, namentlich der Petition vom Februar 1873 gegenüber ablehnend verhalten, so hat dies wohl hauptsächlich darin seinen Grund, daß zu wenig Mitglieder des selben die Verhältnisse der Gemeindebeamten, namentlich in den kleineren Städten, kennen. Sind doch im ganzen Hause nur 3 Bürgermeister, v. Forckenbeck und Grumbrecht — und diese beiden sind Oberbürgermeister großer Städte — nämlich von Breslau und Hamburg und Stössel-Slopp.

Warum werden Leute, die die Kommunalverhältnisse kennen und sich für sie interessiren, nicht gewählt? Es wäre unbescheiden, aus hiesiger Provinz solche namhaft zu machen, obwohl, wie der Städte tag gezeigt, es deren giebt; aber warum wählt man Leute wie Brecht-Duedenburg, Girndt Soran, Bessenge-Hirschberg, Haken-Colberg nicht? Erst wenn Männer in der Kammer sein werden, welche diesen Verhältnissen nahe stehen, wird eine Petition an das Abgeordnetenhaus von Erfolg sein. Jetzt schlagen wir ein anderes Mittel vor: eine Petition an Seine Majestät den Kaiser. Das milde, freundliche Herz des Monarchen wird, wenn die Lage gehörig geschildert wird, sofort auf Seiten der Petenten stehen. Darum auf, Ihr Städte, die Ihr zum Städte tag gehört, faßt doch Euren Vorstand an! Hier bietet sich ihm ein Feld der Thätigkeit. Freilich scheint es mit dieser aus zu sein, wenn die Sitzung vorbei; wenigstens haben wir noch nicht vernommen, daß die auf dem letzten Städte tag am 1. Juni beschlossene Petition an die Regierung, betreffend die Transportosten, auch nur abgegangen wäre. Eine Massenpetition aus allen Städten der Monarchie, die sich entschließen wollen, an Seine Majestät, das ist das Einzige, was wir zur Zeit zu ratzen vermögen.

Nun zum zweiten Punkte!

Wohl nur in den allerseltesten Fällen — Königsberg i. Pr. z. B. haben Stadtgemeinden für die Lage der Hinterbliebenen der Gemeindebeamten Vorsorge getroffen, wenn man das Bestehen des Armenhauses nicht als eine solche Vorsorge annehmen will. In dieser Beziehung bleiben unzweifelhaft die Kommunalbeamten hinter den Elementarlehrern und Fabrikarbeitern zurück. Es kann daher gar keinem Zweifel unterliegen, daß die dringendste Notwendigkeit vorhanden, Versorgungskassen für die Wittwen und Waisen der Gemeindebeamten zu gründen.

Dies kann auf dreierlei Weise geschehen. Entweder wird die Staatsregierung veranlaßt, geeignete Mittel zu ergreifen, um derartige Kassen ins Leben zu rufen, oder sie macht die allgemeine Wittwenkasse den Kommunalbeamten zugänglich oder die freie Vereinigung der Städte, resp. der Beamten schafft die Kassen.

Unser Ideal — das erklären wir offen — ist die Vereinigung der Städte und der Beamten zur Schaffung solcher Kassen, in der Art etwa, daß jede heitrende Stadt je nach ihrer Einwohnerzahl eine gewisse Summe zum Grunkapital giebt, bis zu einer bestimmten Höhe verhaftet bleibt und jedem ihrer Beamten als conditio sine qua non der Anstellung die Sicherung seines Lebens zu bestimmter Höhe oder den Einkauf einer bestimmten Wittwenpension auferlegt.

Da hierbei die Herren Stadtverordneten wieder mitzusprechen, so wird dies unser Ideal wohl auch Ideal bleiben. Deshalb haben wir mit Freunden den Beamten-Verein begründet, welcher sich in Hannover unter Vorfig des dortigen Landrosten gebildet und welcher zunächst den Zweck verfolgt, allen Beamten jeder Kategorie eine billige Lebensversicherung ohne ärztliches Attest zu verschaffen. Schon sind an die hervorragendsten Städte auch unserer Provinz seine Tukulare ergangen und wir möchten dringend bitten, sie zu beachten und so weit es die Verhältnisse irgend erlauben, beizutreten.

Freilich, wo kaum der tägliche Hunger gestillt wird, da nutzt vorläufig auch der Hannover'sche Beamten-Verein nichts. Aber es ist doch einmal ein Anfang eine Vereinigung auf einem Gebiete zu erzielen, welches bisher stets gespalten gewesen.

Schließlich können wir nicht umhin, der Staatsregierung zu unserem Bedauern sagen zu müssen, daß sie zum Theil an der zeitigen Lage der Gemeindebeamten die Schuld trägt.

Dadurch, daß bei Eingang der fünf Milliarden eine Summe von einigen hundert Millionen Landesschulden mit einem Rück abgezahlt

wurden, und da die Papiere fast nur im Lande waren, sich somit eine Unsumme Geld in diesem aufstaute, dessen Abfluß durch Umstände verhindert wurde, welche hier zu erörtern, zu weit führen dürfte, wurde nicht nur die Lust zu Unternehmungen industrieller Art und den waghalsigsten Spekulationen hervergerufen, sondern sank selbstverständlich auch der Werth des Geldes.

Erstes rief Verlangen nach Arbeitskräften, demgemäß höhere Löhne und so indirekt Preissteigerung aller Bedürfnisse, letzteres rief diese direkt hervor. Somit ist ein Akt der Staatsregierung selbst, welcher zum Theil wenigstens die heutigen Zustände mit den enormen Preisen und dem geringen Geldwerthe geschaffen und es scheint daher nur ein Akt der Willigkeit zu sein, wenn sie den hiesigen schwerbetroffenen Gemeindebeamten so gut hilft, wie sie den unmittelbaren Staatsbeamten ihre Hilfe nicht versagt hat.

Das Reichsgesetz über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung.

z Berlin, 10. Januar. Der soeben dem Reichstag vom Bundesrat vorgelegte Entwurf ist im Großen und Ganzen erheblich besser, als der Entwurf, welchen der Reichstag selbst in der Frühjahrssession aufstellte. Er schafft allgemeines Reichsrecht, nicht blos Reichsrecht für diejenigen Territorien, in welchen bürgerliche Civilstandsbürger noch nicht eingeführt waren (Bayern, Württemberg, Sachsen, Mecklenburg und die Mehrzahl der Kleinstaaten). Auch enthält der Entwurf des Bundesrats im Anschluß an das neue preußische Gesetz eingehendere Bestimmungen über die Organisation der Standesamtswaltung. Die Verwaltung schließt danach zwar eng an die Gemeindeverwaltung an, die maßgebende Entscheidung in Organisation und Personalfragen aber steht bei der höheren Verwaltungshöfe. Von dem im preußischen Gesetz den Kreisausschüssen und Gemeindebehörden zugestandenen Recht des Vorschlags und der Anhörung bei Bildung der Bezirke u. s. w. ist im Reichsgesetz freilich nicht die Rede. Es wird Aufgabe des Reichstags sein, hier analoge Bestimmungen einzuführen. Andererseits verdiente es auch eine eingehende Erörterung, ob es richtig ist, im Anschluß an das preußische Gesetz die Standesbeamten wieder tatsächlich anzustellen. Bei Emanation des preußischen Gesetzes hat man sich offenbar die Vorrichtungen der Standesbeamten und die Auswahl der dazu geeigneten Personen als zu schwierig vorgestellt und ist dadurch verleitet worden, von dem Grundsatz, die Beamten fest anzustellen, hinsichtlich der Standesbeamten abzuweichen. Die laufende Aufsicht über die Standesbeamten wird wie im preußischen Gesetz den Verwaltungshöfen übertragen. So kann aber auch durch Landesgesetze anderen Behörden (z. B. den Gerichten) übertragen werden. Auch sonst behält der Entwurf in Organisationenfragen abweichende Bestimmungen vor. In diesen Fällen aber schafft er selbst subsidiäres Recht, so daß es zur Durchführung des Gesetzes nirgends eines territorialen Einführungsgesetzes bedarf. Dies ist in Bezug auf Bayern und die Städte der Zentrums-Partei in der dortigen Abgeordneten-Kammer ganz besonders wichtig.

Das Gesetz soll am 1. Januar 1876 in Kraft treten. Die Lücke, welche das preußische Gesetz in Bezug auf den Übergangs-Zustand bot, ist im Reichs-Gesetz in der Weise ausgefüllt, daß die nach früherem Recht vor dem 1. Januar stattfindenden (beispielsweise kirchlichen) Aufgebote auch als bürgerliche Aufgebote für die nach dem 1. Jan. abzuschließenden Ehen gelten. Die Eheschließung selbst wird nach der Erklärung der Verlobten vollzogen, nicht wie im preußischen Gesetz durch Eintragung und Unterzeichnung der Urkunde, sondern durch den Ausspruch des Standesbeamten, daß er die Verlobten nunmehr Kraft des Gesetzes für rechtmäßig verbundene Eheleute erklärt. Wunderbar erscheint in dem Entwurf die Bestimmung des § 79; die kirchlichen Verpflichtungen in Beziehung auf Taufe und Trauung werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Diese an und für sich selbstverständliche Bestimmung wird damit begründet, daß dem neuen preußischen Gesetz in der Presse und in öffentlichen Versammlungen die Absicht untergelegt sei, eine Entfernung gegen die Kirche herbeizuführen und zu fordern.“ Man hat sich sogar nicht gescheut, den Landleuten vorzureden, daß das Gesetz Taufe wie Trauung verbiete und insbesondere auf diese Weise die Bevölkerung mehrere Ortschaften im Regierungsbezirk Königsberg zu Narren angereizt. Letzteres ist weniger bekannt geworden als Aufreihungen der Bevölkerung, welche ein feudaler Landrathatsverweber in Hinterpommern versucht hat. In welche Gesetzmacherei aber würden wir verfallen, wenn wir durch an und für sich überflüssige Bestimmungen jeder Mißdeutung eines Gesetzes in der Presse, in Versammlungen oder gar unter den Landleuten vorbeugen wollten? Die Bestimmung ist auch nicht ganz so harmlos wie sie aussieht. Sie soll nach den Motiven auch bekunden, daß „der Staat ein eigenes hohes Interesse hat das Band, welches die Einzelnen mit ihrer Kirche verbindet, ungeachtet zu erhalten und die den kirchlichen Verpflichtungen entsprechenden Sitten und Gewohnheiten zu konservieren.“ Ob der Staat wirklich ein Interesse daran hat, die bestehenden großen Kirchengemeinschaften zu konservieren, erscheint indeß nicht so ganz ausgemacht. Birchow beispielweise führte neulich in einer öffentlichen Versammlung hier selbst gerade das Gegenteil aus. Die vorgeschlagene Bestimmung aber wird noch zweideutiger durch die Bemerkung in den Motiven, daß dieselbe zugleich eine Rücksicht für das Verhalten der Standesbeamten bilden soll, von deren Seite bisher in Preußen auch nicht immer mit der wünschenswerthen Vorsicht verfahren worden ist.“ Es scheint also darauf abgesehen, in dem

Annoncen-Bureau
In Berlin, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Hanke & Co., —
Hanlestein & Vogler, —
Adolph Mosse,
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank.“

neuen Reichsgesetz eine Handhabe zu gewinnen, um im Sinne eines Birkularerlasses des Oberpräsidenten von Königberg vom 5. Dezember v. J. den Standesbeamten vorzuschreiben „den Bekehrten vorzuhalten, es sei ihre Pflicht auch noch die Mitwirkung und den Segen der Kirche zu begehrn.“ Mit einem Wort, die Standesbeamten sollen zugleich als Werber für die Herren Pastoren und Küster dienen, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch bei den Bekehrten der Irrthum erweckt wird, der Staat verpflichte sie, die Mitwirkung und den Segen der Kirche zu begehrn. Ob die Regierung mit Hilfe der klerikalen Partei und der konservativen Parteien diese Bestimmung durchdrücken wird, erscheint doch noch sehr zweifelhaft.

Dankenswerth ist auf der anderen Seite der Versuch des Entwurfs in Bezug auf die Ehehindernisse in Deutschland ein gemeinsames Recht zu schaffen. Für Preußen, Baden und andere Länder, in denen die Zivilehe bereits besteht, sollen die darauf bezüglichen Bestimmungen schon vor dem Inkrafttreten des übrigen Theils des Gesetzes, nämlich am 1. März d. J. Geltung erlangen. Im Allgemeinen trägt die Beschränkung der Ehehindernisse liberale Anschauungen Rechnung und wird dadurch auf die Verminderung der Konkubinate und die Sittlichkeit ebenso förderlich einwirken, wie die Zivilehe selbst. Auch Onkel und Nichten werden sich heirathen dürfen, ebenso Tanten und Neffen, auch wenn die Tante älter als der Neffe ist (Verbot des Preuß. Landrechts).

Ob es richtig ist, die Einwilligung des Vaters zur Eheschließung nach Aufhören der Minderjährigkeit noch bis zum 30. Lebensjahr für Söhne und bis zum 24. Lebensjahr für Töchter vorzuschreiben, kann billig bezweifelt werden, auch wenn das Gesetz gestattet, im Falle der Verfolgung der Einwilligung zur Eheschließung Klage auf richterliche Ergänzung anzustellen und das Gericht darüber nach freiem Ermeessen zu entscheiden hat.

Die interessanteste aller im Laufe des heutigen Tages eingetroffene Nachricht, ist jedenfalls die von der Rückbeorderung der deutschen Kanonenboote Albator und Nautilus in die spanischen Gewässer. Danach scheint sich also doch die Nachricht zu bestätigen, welche in den letzten Tagen in einigen Blättern auftrat und besagte, daß die deutsche Reichsregierung keinesfalls gesonnen sei, das Attentat gegen die (mecklenburgische) Brigg „Gustav“ so ruhig hingehen zu lassen. Von welchen Motiven sie sich hierbei leiten läßt, geht aus einer Berliner Korrespondenz der „Ebd. Btg.“ hervor, welche berichtet, daß die Reichsregierung auf Grund der einzuforderten amtlichen Berichte eine Denkschrift über die Beschleierung der mecklenburgischen Brigg „Gustav“ seitens der Carlisten ausgearbeitet hätte, welche dem Kaiser unterbreitet worden sei. Die Reichsregierung — fährt der Gewährsmann des genannten Blattes fort — hat die carlistische Gewaltthätigkeit bei Guetaria sehr ernst aufgefaßt und ist fest entschlossen, die durch dieselbe geschädigten Interessen deutscher Staatsangehöriger auf das Entscheidende zu wahren. Es liegt dazu um so mehr Veranlassung vor, als die Assekuranz-Gesellschaft, bei welcher der „Gustav“ versichert ist, die Auszahlung der Entschädigungssumme den Rhedern verweigert, da sie das Schiff gegen Seegefahr, doch nicht gegen Kriegsbeschädigung und Raubangfall versichert habe. Da wir nun aber von den carlistischen Strandräubern keine direkte Genugthuung erlangen können, werden wir uns an die Regierung wenden müssen, welche die facto die Gesetze Spaniens leitet. Der jün. sie Regierungswechsel wird in dieser Beziehung keine besonderen Schwierigkeiten bereiten, wenn die Reichsregierung hat sich in durchaus ähnlicher Lage, wie jetzt, befunden, als sie durch ihre offiziöse Vertretung in Madrid den beiden Deutschen Handelsschiffen, welche in der Nähe der Suluinseln aufgegriffen und für gute Preise erklärt worden waren, sowie den während des Aufstandes in Cartagena beschädigten Deutschen Staatsangehörigen vollen Schadenersatz verschaffte.“

Der 23. Januar.

Berlin, 10. Januar.

Wie der „Neue ev. Gemeindebote“ vernimmt, ist der Finanzminister bereit, 1,500 000 Mark im nächsten preußischen Budget für die Aufbesserung der Pfarrgehälter zur Disposition zu stellen, so daß dann das Minimalgehalt der evangelischen Geistlichen auf 2400 Mark und das der katholischen auf 1800 Mark gebracht werden könnte.

Natürlich erfährt man, daß Graf Arnim nach seiner Verurteilung konfidenziell erklären ließ, daß er von der Appellation ab-

Interimstheater.

Drittes Gastspiel des Herrn Otto Lehfeld.

Shakespeare's „Macbeth“ angemessen zu besetzen, ist nicht bloss für Provinialbühnen außerordentlich schwierig und dies wohl auch der Grund, weshalb eins der ausgezeichnetsten Stücke des großen Meisters verhältnismäßig seltener als verschiedene seiner übrigen zur Aufführung gelangt. Es finden sich nicht leicht zwei den Intentionen des Dichters entsprechende Repräsentanten Macbeth's und der Lady. Von jeher ist der dramatische Gegensatz bewundert worden, den Shakespeare durch diese beiden Charaktere geschaffen: Macbeth, als Soldat tapfer, aber im Grunde weichen Sinnes, die Lady von dämonischer Gewalt erfüllt, welche jede Negation der Weiblichkeit erstickt, alles der Sättigung ihres Ehrgeizes zum Opfer bringt. Macbeth ist freilich ehrgeizig genug, das Höchste zu wünschen, aber trotz der Verheißung der Schicksalschwester würde er selbst niemals Hand an seinen König legen, wenn ihn sein Weib nicht zum Verbrechen aufforderte. In ihrer Seele wird der Gedanke, Duncan zu ermorden, geboren — sie überträgt ihn mit überzeugender Kraft auf ihren Gatten. Dort wählt er sich ein, schlägt immer tiefere Wurzeln in sein Hirn und reift zur That heran. Der Mord erst macht den bisher Schwankenden selbstständig; Macbeth erwägt mit kaltem But, was weiter geschehen müsse, um die Krone, die er dem König Duncan mit seinem Leben entrisse, nun fest auf's eigene Haupt zu kletten. Er waltet von nun an unbedingt durch Blutschäume, bis ihm endlich die unerbittliche Nemesis fällt und der Spruch der Schicksalschwester vollkommen erfüllt wird.

Die Tragödie ist, so lange wir uns in Polen befinden, nicht aufgeführt worden. In jedem Fall würde das Stadttheater, so diensttauglich es sonst sein möchte, einen geeigneteren Rahmen für die Dichtung abgeben haben. Die Verhältnisse des Interimstheaters brachten es mit sich, daß die Darstellung am Sonntag einige Male hart an die Grenze heranströmte, wo die Tragik in Komik umschlägt. So gleich in der ersten Szene die Conferenz der Schicksalschwester, die Erscheinung von Banquo's Geist beim Festgesetze, welches seitens der Edlen Schottlands sehr spärlich besucht war, und Ähnliches.

stehen wolle, wenn die Regierung auf die Berufung verzichtet. Fürst Bismarck zeigte sich einem solchen Kompromisse geneigt, weil es nach seiner Auffassung gleichgültig sei, ob der ehemalige Voßhafter auf 3 Monat oder 3 Jahre verurtheilt worden. Die Berurtheilung selbst sei maßgebend, während ihn die Details des Verfahrens nicht interessieren. Diese Ansicht schien aber von den Vertretern des Fürsten, namentlich dem Unterstaatssekretär v. Bölow, nicht getheilt zu werden, und auch im Justizministerium glaubte man die wenig ausreichenden Gründe des stadtgerichtlichen Urheils nicht im Verhältnisse zu dem Vorverfahren und den Motivirungen der Anklageschrift zu finden. Darauf hat der Justizminister nach eingehenden Erwägungen den Staatsanwalt aufgefordert, die Berufung anzumelden. (?)

Von Seiten des General-Postdirektors Dr. Stephan hat die „Bürgerzeitung“ nachstehende, vom 7. d. datirte Buschrift erhalten:

„Gelegentlich der Wiedergabe eines Schreibens des Unterzeichneten an die Redaktion der „Dresdener Nachrichten“, betreffend die verdeckenden Ausdrücke der neuen Postordnung, hat die Redaktion der „Ost. Bürgerzeitung“ in Nummer 4 A. Ihrer Zeitung vom 6. sich für den Erfolg des Wortes „rekommandiert“ bz. jetzt „Einschreiben!“ durch „versichert“ ausgesprochen. — Mit Bezug berauf benachrichtige ich die Redaktion ergebenst, daß auch das Wort „versichert“ bei den beigleitenden Verabredungen nicht unerwähnt geblieben ist, daß aber von der Annahme desselben hat abgesehen werden müssen, weil die „Versicherung“ bereits hinsichts der Werthsicherung bestellt und die hierfür zu entrichtende Gebühr in dem Posttarif vom 28. Oktober 1871 ausdrücklich als „Werthsicherungsgebühr“ bezeichnet ist. Die Bindung auf das „Einschreiben“ bei Packsendungen und eine danach mögliche Verweichlung mit dem neuen Ausdruck „Einschreiben!“ veranlaßt mich zu der ergebenen Bemerkung, daß die gewöhnlichen Pakete zwar am Aufgaborte einzeln gebucht und bz. am Bestimmungsorte den bestellenden Paketen Rückweise übergeben, während der eigentlichen Besförderung hingegen in die Ladungsteile nur der Gesamtstückzähler nach vermerkt und demgemäß verladen werden. Und dies ist eben (abgesehen von den überhaupt nirgends eingeschriebenen gewöhnlichen Briefen) das unterscheidende Merkmal gegenüber den jetzigen Einschreibs — früher recommandiren — Sendungen, deren Nachweis, gleichwie bei den versicherten (d. i. Geld- und Werth-) Sendungen, überall, und zwar auf Grund besonderer Einschreibung, von Hand zu Hand erfolgt.“

Herrn Stephan werden übrigens zur Beseitigung der postalischen Fremdwörter von einem Korrespondenten folgende Vorschläge gemacht: Für „Post“ — Sendant, für General-Postdirektor — Sendamts-Aller-oberster, für Ober-Postdirektor — Sendamts Oberst, für Postdirektor — Sendamtsmann, für Poststrath — Sendamtsstrath, für Ober-Postsekretär — Sendamts-Oberschreiber, für Postsekretär — Sendamts-Schreiber, für Postassistent — Sendamts-Schreibgehilfe, für Postpraktikant — Sendamtschüler, und für Postillon — Sendknecht.

Wir meldeten kürzlich nach der „Post“, daß der Auftrag zur Zusammenstellung der Grundsätze einer deutschen Rechtsbeschreibung dem Geh. Reg.-Rath v. Naumer vom Reichskanzleramt erhält worden sei. Dem gegenüber wird offiziell darauf hingewiesen, daß der Beauftragte nicht der Geh. Reg.-Rath, sondern der Professor Rudolph v. Naumer in Erlangen ist.

Vom Abg. Herrn Eugen Richter geht der „Volks-Btg.“ nachstehender geschätzter Rüffl zu:

„Es ist allerdings richtig, daß die in der „National-Zeitung“ mitgetheilte Berechnung über die Rentabilität der künftigen Reichsbank von mir herührt. Die „National-Zeitung“ hat diese Artikel aus einer derjenigen Zeitungen abgedruckt, welchen meine zwar anonym aber den Redaktionen nicht unbekannte autographische Zeitungskorrespondent zugeht. Da mich nun die Revolution auch heute noch „des Unrechts“ jetzt gestattet zu wollen, daß wenige Bevorzugs von dem Reichstag sollen für sich besonders zapfen dürfen, dessen Inhalt der Gesamtbeitrag gebührt“, so darf ich wohl an Sie als eine politisch befremdete Redaktion die ergebene Bitte richten. Ihrem wesentlich der Fortschrittepartei angehörigen Leserkreise ein unbefangenes Urtheil über „die schamlosen Berechnungen“ dadurch zu ermöglichen, daß Sie diese meine Berechnungen vollständig wortgetreu zugleich mit diesem meinen Schreiben zum Abdruck bringen. Hochachtungsvoll und ergebenst“

Eugen Richter.“

In Folge dessen sieht sich das Blatt bewogen, den Artikel des Parteigenossen aufzunehmen, nachdem es vorher den „belannten finanziell Abgeordneten“ verdächtigt und bekämpft hat, ohne seine Aufführungen wiederzugeben.

[Der Kaiser verklagt.] Der mit dem Kammergericht verbündete Geheime Justizrat, der dazu berufen ist, Rechtsstreitigkeiten mit den allerhöchsten und höchsten Personen zu entscheiden, sollte am Mittwoch unter dem Vorsitz des Bzg.-Präsidenten v. Mühlner zusammen treten. Er besteht außer dem Vorsitzenden aus vier dazu besonders ernannten Richtern. Das letzte Mal, wo er zu Gericht saß, war vor ca. 2 Jahren. Damals handelte es sich um eine Klage des Magistrats zu Charlottenburg wider des Kaisers Majestät als zeitlichem

Jahhaber des Fideikommisses. Hierzu gehörte auch das Schloß in Charlottenburg. Auf dem Terrain desselben ist ein sogenannter schwarzer Brückenarabien, zu dessen Reinigung sich der dortige Magistrat nicht verpflichtet hält, obgleich eine solche Reinigung aus polizeilichen Gründen für nothwendig erachtet wurde. Das vorliegende Mal tagte er noch unter der Regierung Friedrich Wilhelm IV. Damals hatte die Stadt Schmiedt den König als damaligen Inhaber des Fideikommisses verklagt. Die Klage, die diesmal Veranlassung zum Zusammentritt des Geh. Justizrats geben sollte, war von einer Witwe Boas zu Freienwalde gegen einen Kaiser, wiederum als Inhaber des Fideikommisses, vertreten durch das hiesige Hofmarschallamt, gerichtet. Sie gründet sich auf Bestrafung eines Sohnes Acker, das an den Schlossgarten zu Freienwalde geht. Für den allerhöchsten Pakten war der Geheime Rath Alix mit vollständig unterschriebener Vollmacht, für die Klägerin war der Rechtsanwalt Winterfeld erschienen. Der Termin wird: indem wegen Ausbleibens eines Richters aufgehoben. Auch die Appellationsinstanz des Geh. v. Justizrats ist beim Kammergericht. Sie wird gebeten aus aus dem ersten Präsidenten desselben und sechs Richtern.

Nachen, 9. Januar. Amtlicher Meldung infolge wurde bei der heute hier stattgehabten Erfahrung für den preußischen Landtag an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Baudri der Domherr Thysen aus Limburg (ultramontan) mi 537 Stimmen gewählt. Der liberale Gegenkandidat Arnold Dewy von hier erhielt 103 Stimmen.

Frankfurt a. M., 6. Januar. Der Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik hielt hier am 3. Januar eine Sitzung zur Vorbereitung der nächsten General-Versammlung im Monat Oktober. Diese soll sich auf 3 Tage erstrecken, um mehr Ruhe für die Verhandlungen und Zeit zum persönlichen Berthe zu gewinnen. Außer der sonst zweimal verschobenen Personalfrage soll namentlich die jetzt so wichtige Lehrlingsfrage verhandelt werden, über welche der Verein im Laufe des Jahres einen Band Gutachten zu veröffentlichen gedenkt. Es sollen zu Gutachten Männer der verschiedensten Stände aufgefordert und dabei namentlich auf den neuern Gewerbeordnungs-Entwurf, der von Hamburg ausging, Rücksicht genommen werden. In der General-Versammlung sollen auch Berichte über die Anfänge neuer Gewerbe-Gesetzgebung in Österreich und der Schweiz erstattet werden. So soll gleichzeitig für Verstärkung der Debatte auf einzelne Punkte und für Anregung der Versammlung durch Hinweis auf größere Fragen, namentlich auch die Frage der Schaffung von neuen Janungen, gesorgt werden. Die Wahl dieses Gewerntages wird wohl weitere Kreise für eine vorurtheilsfreie und gründliche Unterforschung der Frage blühen. Zur Ausführung wurde noch die Rechnung geprüft und andere geschäftliche Fragen erledigt. Auch einige Cooptationen wurden vorgenommen; es wurden der Landtagsabgeordnete und Präsident des Mitteldeutschen Fabrikantenvereins F. v. Kalle in Biberich, sowie die Reichstags-abgeordneten Oberbergräb Bluhme und Landesökonomierath Th. gewählt. Der Beitritt dieser Männer verstärkt das Element der Praktiker im Auschluß.

Stuttgart, 8. Januar. Unter der Überschrift: „Übergebrannt“ veröffentlicht der hiesige „Beobachter“ folgende Mitteilung:

Als Herr v. Stülpnagel in Stuttgart das dreizehnte Armeecorps kommandierte, wurde ihm ein Fassionsbogen zugesandt, damit er sein Dienstleben zum Besteuerung angebe. Herr v. Stülpnagel ignorierte diese Aufforderung. Dem Mahnholen, welcher mit der zweiten Aufforderung kam und seinen Mahnholen verlangte, erklärte er: „diesen Sachen bezahle ich nicht.“ Während nun der Herr Oberbürgermeister anderen Säumigen die gesetzliche Unzulässigkeitsstrafe ansetzte, schrieb er an Herrn v. Stülpnagel einen höflichen Brief, in welchem er ihm um Angabe der Faktion ganz ergebenst ersuchte. Herr v. Stülpnagel ließ dieses Handschreiben des Herrn Oberbürgermeisters ebenso unbeantwortet, wie eine amtliche Aufforderung, welche sodann das kgl. Kameralamt an ihn richtete. So ließlich reiste Herr v. Stülpnagel von hier ab, ohne Angabe und ohne einen Kremer Steuer bezahlt zu haben. Das Kameralamt wollte zwar die Sache nicht ruhen lassen. Herr Finanzminister v. Reimer aber schlug sie nieder. „Es sei da schwer etwas zu machen.“

Oesterreich.

Wien, 8. Jan. Der Prozeß Osenheim, schreibt ein hiesiger Korrespondent der „Voss. Z.“, fängt entschieden an, für andere Leute sehr unangenehm zu werden, unter denen der Urheber des ganzen Verfahrens Herr Minister Vanhae nicht die leste Nelle einnehmen dürfte. Die Schuldsfrage, bezüglich des Angelagten tritt nachgerade ganz in den Hintergrund gegenüber den sehr nackten Bedenken: eignen sich Männer zu Ministern, die fest entschlossen sind, die Kunst der Geldmacherei so weit auszudehnen, wie das nur irgend möglich ist, ohne mit dem Wortlaut des Gesetzes in offener Kollision zu gerathen... vielleicht auch noch ein bisschen über die Grenze hinaus? Am Ende, wer ist Osenheim? Einiger von den vielen Tausenden, die während der Gründerepoche ihre Hände in den Taschen von allen Leuten gehabt haben! Wo Tausende und Zehntausende dieses Gelehrten mit hohen Orden und Titeln frei herumläufen wie j. Osenheim selbst ganz richtig bemerkt, ist es von seltsamstem Interesse, ob der Mitter von Ponte einigesamt wird oder fernerhin Hand in Hand mit dem Baron

Herr Lehfeld spielte den Macbeth in jener künstlerischen Weise, welche wir bereits an ihm gewöhnt sind. Es war recht bedauerlich, daß ihm die Lady in der Darstellung der Frau Lanius eine so unzulängliche Rolle bot. Die genannte Künstlerin ist ein sehr verwendbares Mitglied der Bühne und für gemütliche, wo möglich humoristische Rollen entschieden begabt. Lady Macbeth ist nun leider weder eine gemütliche noch eine humoristische Rolle, und so kam es denn, daß die Künstlerin, obwohl erschöpft vom besten Willen bestellt, daran scheiterte. Sie hatte nichts und konnte nach ihrem Naturell nichts von jener fast mehr als männlichen Energie haben, welche die Gattin Macbeth's weit über den Kreis ihres Geschlechts hinausschürt. Wir empfingen den Eindruck, als wäre die natürliche Ordnung der Dinge hier wie überall: das Weib schwach, der Mann stark, während es, wie bereits oben erwähnt, diesmal umgekehrt sein soll.

Herr Lehfeld besitzt für weichere Momente nicht so recht eigentlich, was man „Schmelz des Organs“ nennt. Das letztere ist mehr für schroff dramatische Situationen, für den Ausdruck der Leidenschaft und hier allerdings ausgezeichnet — geeignet. Schade, daß in den Augenblicken des Zweifels, Erwägens und Schwankens dem Macbeth keine Lady zur Seite stand, die über ein Organ, à la Clara Biegler verfügte. Das Verhältnis der Gatten hätte dann mehr den Intentionen Shakespeares entsprochen. Höchst Bedeutendes leistete Herr Lehfeld in denjenigen Szenen, wo die Leidenschaft über alle Vorwürfe schlägt und wo somit seinem mächtigen Organ wie seiner ausdrucksvollen Spielweise volllauf Gelegenheit zur Entfaltung geboten wurde. Vortrefflich veranschaulichte auch der Künstler den Zustand Macbeth's nach Duncan's Ermordung und mit nicht geringerer Wahrheit den Schrecken des Kronenräubers beim Erscheinen von Banquo's Geist. Unterstützt wurde die äußere Wirkung der Leistung durch trüfflich gewählte Maske und reiches Kostüm.

Das Haus war in allen Räumen dicht besetzt und ließ es an Beifall und sonstigen Beweisen der Zusitzlichkeit nicht fehlen.

Zum verstorbenen Kurfürsten.

Die jetzige Fürstin von Hanau, die Gemahlin des verstorbenen Kurfürsten von Hessen, war chemals die Gattin eines preußischen Offiziers, mit dem der damalige Kurfürst befreit ihrer Abreitung einer sellischen Handel abschloß. Er hieß Lehmann und erhielt, wie der Börsen-Cour, zulässig erfahren haben will, für die Bestellung seiner Frau an den Kurfürsten die zu damaliger Zeit und für die keineswegs gänzenden Verhältnisse des Lehmann bedeutende Summe von zwanzigtausend Thalern. Später erklärte Frau Gertrude ihrem nunmehrigen Gatten dem Kurfürsten, sie verlangte, daß auch ihre beiden Kinder, zwei hübsche Knaben, von ihrem ersten Gatten genommen und anderweitig erzogen würden. Der Ex-Rittmeister Lehmann aber erklärte „für nichts ist nichts“ und er werde sich blüten, seinen Vorfahrt ohne Weiteres aus der Hand zu geben. Schließlich ließ er sich bewegen, gegen weitere zwanzigtausend Thaler auch die beiden Kinder herauszugeben. Er selbst verheirathete sich dann, vier Jahre später mit einem nicht minder schönen Mädchen, als seine erste Frau es gewesen war, lebt gegenwärtig noch in Berlin. Vor kurzer Zeit hatte sie ihre „Memorien“ geschrieben, in welchen gewisse Mittheilungen über den Zeitpunkt der Kurfürstlichen Heirath und die Geburt vor ältesten Tochter aus dieser Ehe enthalten gewesen sein sollen; auch von anderen interessanten Vorgängen vor und in dieser Ehe soll in diesen „Memorien“ viel die Rede gewesen sein. Die Verfasserin schickte das erste Exemplar ihres „Werkes“ nach Braunschweig, direkt an die Kurfürstin von Hannover. Kurz darauf wurde ihr eine bestimte Summe — man nennt 5000 Thlr. — überwiesen und die Veröffentlichung des Buches unterblieb. Wie man sieht, haben die einzuhaltenden Personen dieser sonderbaren Geschichte sich gegenseitig in keiner Weise etwas vorjunfern. — Von anderen Seiten werden bei Gelegenheit des Todes des Kurfürsten ebenfalls ganz amüsiante Anekdoten aus seinem Leben mitgetheilt. Einem Feuilleton des „Neuen W. Tagblattes“ entnehmen wir folgende lustigen Geschichten: Ein Zeitungs-Reporter schrieb kurz nach 1866 einen Bericht über den Kurfürsten in Horowitz. In diesem Bericht wurde er „der letzte Kurfürst“ genannt und wurde von ihm behauptet, „er sehe ziemlich alt aus und trage eine Gläze“. Wenige Tage später erhielt die betreffende Zeitung folgende von ihm selbst dictierte Berichtigung: Auf Befehl Sr. Königlichen Hoheits wird Ihnen mitgetheilt: Erstens: Seine Königliche Hoheit geruhet nicht der letzte Kurfürst zu sein. Zweitens: Seine höchstdieselben geruhet gar nicht alt auszusehen. Drittens: Seine

I. L. Truchsess von Werdheim, bei dem „die Moral auf der Tagesordnung steht“ und der für seine Generalversammlungen Geschäftsberichte à deux mains präparirt, sein Jahrhundert in die Schranken fordert. Was aber nicht gleichgültig ist, das ist, daß gestern wieder moralisch drei Minister auf das Armeniusbäckchen gesetzt wurden. Das Gesetz verbietet seit 1857 einem Amtsbeamten eine Verwaltungsrathstelle beizubehalten: dies Gesetz ist leider nicht immer streng eingehalten worden; aber vielleicht noch nie auf so schwämme Weise umgangen, wie durch den Bürgermeister Gisela. Freilich war das kein Geheimnis, aber es war doch nicht amtlich erwiesen. Gestern nun wurden die Schriftstücke verlesen, wie Gisela, als er endlich nach langem Drängen der öffentlichen Meinung nominell seine Stelle als Verwaltungsrath der Lemberg-Zernowitzer Bahn niederlegte, sich den Wiedereintritt vorbehielt und wie der für ihn ernannte Banquier Baron Springer sofort nach dem Sturze des Bürgerministeriums Gisela wieder Platz machen mußte! Bei Austin, dieser Baron nahm die „Entschädigung“ an, daß er seine „Bereitschaft“ behalten durfte, die ihm zu freier Fahrt auf allen, dem Eisenbahnverein beigetretenen Bahnen als Verwaltungsrath ermächtigte — also ein offener Betrug gegen alle Bahnverwaltungen! Was ist der Beschluß des frankfurter Parlaments über Abschaffung des Adels gegenüber dem schimpflichen Ruine, der den Adel aus den Nobilitirungen unserer Finanzleute bedroht? Dissenheim behauptet, daß auch Bahnhofs dem Gesetz eine wässrige Nase gedreht und sich bei Übernahme seines Portefeuilles die Wiederübernahme seiner Stelle im Verwaltungsrath der Hypothekar-Rentenbank vorbehalten, die er bei dem Eintritt in das Kabinett Auersperg zum Schein niedergelegt. Freilich, wer den Schaden hat, darf für den Spott nicht sorgen: die Hypothekar-Rentenbank ist seitdem gründlich „gefackt“! Potocki's Ackerbauminister Baron Petru hat mindestens 30,000 Fl. gemacht, indem er die Handelslösungen für die Gesellschaft, deren Verwaltungsrath er war, besorgte: so sagt Dissenheim selbst aus. Wo wir, zumal in konstitutionellen Staaten hinkommen, wenn nicht mit fester Hand jeder Zusammenhang zwischen der Gründerei und dem Parlamamente verschwindet, lehrt der Fall, daß Regierungskommissär Holesch, der die Bahn überwachen sollte, von dieser jährlich 600 Fl. Gehalt bezog! „Das sei bei den landesfürstlichen Kommissarien überhaupt allgemein üblich“ — erläutert Herr v. Dissenheim.

Wahrscheinlich um den Dualismus auch in dieser Hinsicht zu illustrieren, wird nun auch die ungarische Hauptstadt einen ähnlichen Monstre-Prozeß erhalten, wie ihn Wien schon hat. Der Prozeß soll ebenfalls eine der Blüthen des „großen Krach“ sein, und den Verwaltungsrath einer Gesellschaft (welcher, wird nicht gesagt) anklagen, er habe mehr das eigene Interesse, als das der Gesellschaft im Auge gehabt. Zweifelhaftig Zeugen aus allen Theilen des Staates werden ihre Aussagen abzugeben haben, und nicht weniger als elf Beurtheider wollen versuchen, die Herren Verwaltungsräthe von den gegen sie erhobenen Beschuldigungen reinzuwaschen. Schon bisher besteht das Material des Prozesses, welchen der gewesene Rechtskonsulent der noch ungenannten Gesellschaft einleitet aus 150 Bogen Sägschrift mit 144 Stück Bilagen. Man sieht, mit Kleinigkeiten giebt sich unsere Zeit nicht mehr ab.

Frauerei.

Paris, 7. Januar. Der junge König Alfonso verließ gestern Abend um 7½ Uhr Paris. Seine Mutter, die Ex-Königin Isabella, seine Großmutter, die Königin Christine, sein Onkel und seine Tante, der Herzog und die Herzogin von Montpensier und seine Schwester, die Gräfin Girgenti, gaben ihm das Geleite. Der König war in bürgerlicher Tracht und trug, wie auch bei der Gala-Vorstellung in der großen Oper, keine Orden. Beim Eintritt in den Wartesaal gab er seiner Mutter, die laut weinte, den Arm. Eine größere Anzahl von Spaniern und Franzosen, unter welch letzteren sich auch der Platz-Kommandant von Paris, General de Gesslin, der in großer Uniform war, befand, hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden, um sich von dem neuen Könige zu verabschieden. Nachdem derselbe seiner Mutter und den übrigen Verwandten ein letztes Lebewohl gesagt, stieg er mit seinem Gefolge rasch in die Wagen und das Zeichen zur Abfahrt wurde gegeben. In diesem Augenblicke stießen die Anwesenden in spanischer und französischer Sprache ein dreifaches „Es lebe der König!“ aus. Nach der Abfahrt reichte der Herzog von Montpensier der Ex-Königin Isabella den Arm, um sie nach ihrem Wagen zu geleiten. Die Menge, die sich auf dem Bahnhofe angesammelt, war ziemlich groß. Dieselbe verhielt sich vollständig ruhig. Man bemerkte, daß die

Spanier, welche sich auf dem Bahnhof eingefunden, entweder Orleanisten oder Bonapartisten waren. Diese beiden sich so feindlich gegenüberstehenden Parteien verfechten nämlich gemeinschaftlich die Sache des Don Alfonso. Besonders eifrig zeigen sich die Bonapartisten. Das „Pays“, welches nach seiner 14-tägigen Unterdrückung heute zum ersten Male wieder erschien, versichert dem Könige auch sofort seine tiefe Ergebenheit und unveränderliche Freundschaft. Die Ankunft des Königs in Marseille erfolgte heute Morgen um 12 Uhr. Einige französische Präfekten begrüßten den König auf seiner Durchreise, und auf dem Bahnhofe von Marseille wurde er von dem Präfekten, dem kommandirenden General Epivent de la Villeboisnet und anderen höheren französischen Beamten, dem spanischen Marine-Minister, dem spanischen Konsul, den Ober Offizieren der spanischen Flotte und verschiedenen Deputationen empfangen. Den militärischen Ehrendienst versah im Bahnhofe das 55 Linienregiment; dem aus 40 Gedechten bestehenden Frühstück, das im Hotel de Marseille stattfand, wohnten die französischen Militär- und Zivilbehörden an. Um 4 Uhr schiffte sich der König ein. Das Geschwader, welches ihn in sein Vaterland bringt und geleitet, besteht aus den Fregatten Villa de Cadiz, Somorrostro und Balbiani. Morgen soll die Ankunft in Barcelona erfolgen, wo der König zwei Tage bleiben will. (Köln. Bz.)

Großbritannien und Irland.

London, 6. Jan. Karl Blind erhielt einen Brief von Garibaldi aus Capri vom 30. November, in welchem der alte General erklärt, er habe im letzten französischen Kriege nicht gegen Deutschland, sondern für die Demokratie gekämpft. Ueb. die deutschen Föderativen erfreut, hält er Deutschland für würdig, an der Spitze der nach Emanzipation der Menschheit strebenden Völker zu gehen.

Rußland und Polen.

Petersburg, 5. Januar. [Eine bunte Scene.] Eines unsferen russischen Blätter bringt aus dem Innern des Reiches eine sehr ergäbliche Schilderung der daselbst noch immer herrschenden Zustände durch Wiedergabe folgenden Vorfallen. Bei einem Friedensrichter einer gewissen Gegend in einem gewissen Städtchen hatte sich eine ziemlich zahlreiche Gesellschaft eingefunden, darunter auch mehrere Kollegen-Friedensrichter aus der Stannawoi-Brißlaw (Polizeivorsteher eines gewissen Gebietes); mit etwas erhöhten Köpfen, wie das auf einer echt russischen Gesellschaft selbsterklärt ist, begnügt man zu tanzen; einem der Herren Friedensrichter beliebt es, nach einer Polka zu verlangen, der Stannawoi-Brißlaw dagegen begebt einen Walzer, es kommt zu Streit, zu groben Worten, kurzum zu einer Scene, welche damit schließt, daß der polizeiliche Friedensrichter dem walzerlustigen Polizeifürsten eine Ohrfeige appicit; letzterer aus der Fassung gebracht, verläßt den Saal und zieht sich in eines der Nebengemächer zurück, wo er sich hinsetzt, um über die Sache nachzudenken. Inzwischen ist dem großen Beleidiger wohl der Sinn und die Tragweite seiner sitzenverlegenden Grobheit aufgegangen, er sucht den Beleidigten auf, tritt vor ihn hin, tut ihn um Entschuldigung wegen des Vorfallen, das er auf Rechnung seines heftigen Temperaments zu segen bitte, und erbietet sich, jede gewünschte Genugthuung zu geben. Der Stannawoi-Brißlaw antwortet hierauf, indem er dem Herrn Friedensrichter eine gerade in seinem Vereiche befindliche Wasserflasche an den Kopf wirft, daß er blutend zu Boden fällt. Nun werden aber die Kollegen des Herrn Friedensrichters unangenehm und wollen ihren geschlagenen Kameraden rächen; man läuft auf den Polizeimann ein und beginnt ihn arg zu zudrücken; endlich gelingt es ihm, sich zu flüchten und über die Straße in seine Wohnung zu entkommen, aber hinter ihm her läuft schreiend der Haufe der Verfolger und bringt sogar bis in das rettende Haus hinein, wo sich wahrscheinlich eine arge Fortsetzung der begonnenen friedensrichterlichen Prügelszenen abgespielt hätte, wenn nicht der Verdroh ein Gericht vom Nagel gerissen und Witte gemacht hätte, den ersten Angreifer niederrückschlagen. — Da heißt es denn freilich zur Entschuldigung so mancher Vorlommisse in den unteren Schichten des Volkes mit Recht:

Aber wie soll man die Diener loben,

Kommt doch das Ärgerniß von oben.

Zweitauftand Stockschläge oder hundert Knutenbiebe. Zu dieser schrecklichen Strafe wurden außer der Deportation nach Siberien drei Hästlinge in einem russischen Gefängniß verurtheilt, dafür, daß sie wie wir seinerzeit mitgetheilt haben, einem vierten Mitinsassen ihrer Zelle, der beim Kartenspiel in Ermangelung eines andern Einsatzes sein Leben auf die Karte setzte, in der That ermordet haben. Die Böswichtige rekurirten gegen die Stockschläge, die als „liberale Neuerung“ an Stelle der früheren furchterlichen Knutenbiebe in den letzten Jahren in Russland eingeführt worden sind, und verlangten nach der althergebrachten Weise geschlagen zu werden. Der Staatsanwalt hatte nichts dagegen einzubringen, und die Bewilligung ist dennoch auch herabgelangt. Die zweitausend Stockschläge in hundert Knutenbiebe nach alter Währung umzutauschen. Diese sollen nun den Schuldigen sofort verabreicht werden, sobald ein Henker gefunden sein wird, der noch im heiligen Russland die Knute regelrecht zu führen weiß.

Königliche Hoheit gerufen keine Glorie, sondern vielmehr ein hochfriesliches Couplet zu fragen.“ Seit seiner Exilirung war er überhaupt ein eifriger Zeitungsleser und versorgte mit Aufmerksamkeit alle ihn oder sein Land betreffenden Mittheilungen. Aber er duldet es jetzt so wenig wie früher, daß seine Gemahlin, die Fürstin von Hanau, sich mit Zeitungsliebhaberei abgibt. Ihre Zeitungsliebhaberei war die Ursache der letzten Ohrensegen-Affaire zwischen den beiden Gatten, die in die Dessentlichkeit drang. In der „Feldjäger-Epoche“ in den 60 Jahren, als der Kurfürst die Kassen seiner getreuen Untertanen gewaltsam erbrach ließ, um die Steuern daraus zu entnehmen und Preußen ihm „per Feldjäger“ verwarnte, war er eine stehende Figur des „Kladderadatsch“. Die Fürstin las mit vieler Neugier die „Kladderadatsch“-Blätter auf ihren erlauchten Gemahl. Um dies jedoch von ihm unbemerkt ihm zu können, las sie das Blatt im Bade. Der hohe Herr scheint aber davon Wind bekommen zu haben: denn eines schönen Morgens überraschte er die Fürstin im Bade und beim „Kladderadatsch“. Eine furchtbare Ohrfeige . . . — Das war die letzte ehemalige Ohrfeige Seiner Hoheit, „die öffentlich wurde“. Es hat dieser Ehe an Ohrenfeinden und Prügeln nicht gefehlt. Seine Hoheit waren in diesem Punkte gegen höchst ihre Gemahlin sehr freigiebig. Dagegen stand er in Geldsachen ganz unter dem Regemente der Fürstin, die das muß man sagen, eine von vortreffliche Wirthin war. Im „Neuen Palais“ auf dem Friedrichsplatz in Kassel war der Weihnachtsbaum aufgerichtet. Die erlauchte Familie hatte sich um ihn versammelt. Alle sandten Beisehrungen, die ihnen der durchdringliche Familienbater gemacht. Er machte übrigens nur praktische Geschenke. Der eben aus Wien heimgekehrte Alteiste zum Beispiel fand unter dem Weihnachtsbaum einen Schlafrock. „Zieh' mal den Schlafrock an, Fritz!“ rief ihm der Kurfürst gnädig zu. Als der Prinz eben sich in dem weichen warmen Kleide behaglich zu strecken und zu recken begann, ergriff der Kurfürst eine Peitsche und ließ sie erbarmungslos auf den Prinzen niedersausen. „In der Uniform eines österreichischen Offiziers durste ich Dich nicht schlagen, aber im Schlafrock da werd' ich Dich einmal Schulden machen leben.“ Der Kurfürst hat übrigens trotz aller Freunde über das Grab hinaus, allerdings Freunde, die ihm Niemand missgönne wird. Trotzdem er Protestant war, klopfte er das „Bairische Vaterland“ folgendermaßen:

„In Prag ist der von Preußen 1866 vertriebene und seines Landes berührte Kurfürst Friedrich Wilhelm von Hessen am 6. gestorben. Testamentarisch soll er den Wunsch ausgedrückt haben, in aller Stille in Kassel begraben zu werden. Der Kurfürst will wenigstens in Mitte seines Volkes begrabt sein, da ihn lebend die — Preußen dort nicht duldeten. Kurfürst Friedrich Wilhelm hat seit Unglück ertragen

Locales und Provinzielles.

Sachsen, 11. Januar.

— Die katholischen Geistlichen geben sich oft Mühe, auf die Forderungen der königlichen Verwalter des Vermögens der beiden Bischofshäuser Breslau und Posen fürzere oder längere Abhandlungen einzusenden, womit sie von ihrem biblischen kanonisch-rechtlichen Standpunkte aus zu beweisen suchen, daß ihnen die weltliche Behörde nichts zu gebieten habe. Neuerdings hat auch der obornische Delan Dalski an den Freiherrn v. Massenbach auf dessen wiederholte Forderung, die Kirchenrechnungen einzureichen, einen solchen Absatzbrief eingefand. Der „Kurier“ findet sich veranlaßt, das nahe Schriftstück des „erzbischöflichen“ Delans, der nur den „erzbischöflichen“ Behörden Folge zu leisten verpflichtet ist, den „schwankenden Geistlichen zur Beherzigung und Nachahmung“ mittheilen. Beispiele ziehen denkt das ultramontane Blatt, und der königliche Kommissarius wird wahrscheinlich ebenfalls den Nutzen des Beispiels erkennen und wiederum ein Beispiel statuiren. — Der „Kurier Pommansk“ berichtet in seiner Nr. 17 die Meldung, daß Herr von Massenbach das hiesige Domkapitel aufgefordert habe, über Gelde, welche es für unbestimmte Zwecke erhalten, Rechnung zu legen, ebenso wenig habe das bezeichnete Metropolitankapitel einen solchen Rechenschaftsbericht erstattet.

— Der polnische Abgeordnete für Schlesien, v. Parcewski, hat, unterstützt von Mitgliedern der Zentrumspartei, folgenden Auftrag im Reichstag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: 1) Auf Grund des Artikels 31 der Verfassung zu verlangen, daß das gegen den Abgeordneten von Domimirski auf Grund der Berufung des Staatsanwalts zu Thorn bei dem Königlichen Kreisgericht zu Thorn in zweiter Instanz anhängig gemachte Verfahren wegen Beleidigung des Kreisgerichts zu Thorn, in welchem Termin auf den 18. Januar e. angezeigt ist, für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode aufgehoben werde. 2) Dass der Reichskanzler erucht werde, zur Ausführung dieses Beschlusses das Röhlige zu veranlassen.

— Schulinspektionen. Dem Pfarrer Hildt in Britisch ist die Lokalinspektion über die Waisenhauschule in Rößeln und dem Pfarrverweser v. Udewig in Gmünd die Vocalinspektion über die evangelische Schule zu Polozewo Ols. übertragen worden. Nachdem die Verwaltung des Pfarramtes zu Strzhev vom 1. Oktober et. ab dem bisherigen Pfarrverweser Melchior Hildebrand zu Breitenfeld übertragen worden ist, ist der letztere auch mit der Lokal-Schulinspektion über die Schule in Strzhev beauftragt worden.

— Briefporto. Nach der zum Gesetz über das Postwesen des deutschen Reichs erlassenen neuen Postordnung beträgt die Gebühr für Briefe an Einwohner im Orts- oder Landbestellbezirk der Aufgabe-Postanstalt vom 1. Januar 1875 ab: im Frankirungsfalle, sowie für unfrankierte Dienstbriefe 5 Markpf., im Nicht-Frankirungsfalle 10 Markpf.

— Personalveränderungen in der Armee. v. Zglinicki, Oberst und Kommodr. des Groß-Hess. Feld-Art. Regts. Nr. 25 (Groß-Artill. Corps), in seiner Eigenschaft als Regts. Kommodr. zum 1. Garde-Feld-Art. Regt. versetzt. v. Heineccius, Major und Abth. Kommodr. im 1. Garde-Feld-Art. Regt., mit der Führung des Groß-Hess. Feld-Art. Regts. Nr. 25 (Groß-Art. Corps), unter Stellung a la suite desselben, beauftragt. Graf v. Lehndorff und Fürst Radziwill, Oberst und Flügel-Adjut. Sr. Maj. des Kaisers u. Königs, der Rang als Brigade-Kommodr. verliehen. Graf v. Arnim, Rittm., aggreg. dem 1. Garde-Drag. Regt. und Kommodr. zur Dienstleistung, als Flügel-Adj. bei der Berlin Sr. Maj. des Kaisers und Königs, unter Beförderung zum Major, zum Flügel Adj. Sr. Maj. des Kaisers und Königs ernannt. v. Till, Gen. Major, beauftragt mit Wahrnehmung der Stelle als Direktor des Departements für das Invalidenwesen, zum Direktor dieses Departements ernannt. Dresow, Oberst-L. a la suite des Kriegsministeriums und beauftragt mit der Funktion eines Abth. Chefs im Kriegsministerium, unter Ernennung zum Abth. Chef, in das Kriegsministerium einrangiert. v. Hartmann, Gen. Maj. u. Abth. Chef im Kriegsministerium, zum Inspekteur der Kriegsschulen ernannt. Frhr. v. Wangenheim, Oberst u. Abth. Chef im Kriegsministerium, der Rana und die Kompetenzen eines Brigadekommodrs. verliehen. Blume, Major vom Kriegsministerium, mit den Funktionen eines Abth. Chefs im Kriegsministerium, unter Gewährung der Kompetenzen eines solchen, beauftragt. v. Pelet Narbonne, Rittm., aggreg. dem Thür. Ulan. Regt. Nr. 6 und Kommodr. zur Dienstleistung beim Kriegsministerium, unter Beförderung zum überzähligen Major, in das Kriegsministerium versetzt. Gerhards, Hauptm. a la suite des Nassau-Feld-Art. Regts. Nr. 27 und Kommodr. zur Dienstleistung bei der Technischen Abth. für die Art. Angelegenheiten im Kriegsministerium, der Rana und die Kompetenzen eines Brigadekommodrs. verliehen. Blume, Major vom Kriegsministerium, mit den Funktionen eines Abth. Chefs im Kriegsministerium, unter Gewährung der Kompetenzen eines solchen, beauftragt. v. Pelet Narbonne, Rittm., aggreg. dem Thür. Ulan. Regt. Nr. 6 und Kommodr. zur Dienstleistung beim Kriegsministerium, unter Beförderung zum überzähligen Major, in das Kriegsministerium versetzt. Comte van der Mer, nach Wien nach, der durch seine Hebung zu der Sängerin, welcher er das Heirathen versprach, den Großseigneur in Paris lebenden Vaters gegen sich wachgerufen hatte. Dies mag der Grund gewesen sein, daß der Graf nicht in der Lage war, die Geliebte aus den Verlegenheiten zu befreien, in die sie durch überzähliges Schuldenmachen geraten war. Ihre Sage wurde theils geprägt, theils Abzügen von Seite der Direction der königlichen Oper unterzogen, welche an die Sängerin namhafte Vorwürfe geleistet hatte. Viele Gläubiger hielten darum ihr Gutachten bei Fräulein Bogdani für nicht mehr sicher, und als sie, von der königlichen Oper beurlaubt, nach Lemberg auf Gastrollen ging, folgte ihr der Bild der Behörde, bei welcher mittlerweile diverse Gläubiger des Fräulein Bogdani Vertragsanzeige erstattet hatten. So kam es, daß Fräulein Bogdani, rechte Ecclesiastica, in Lemberg verhaftet wurde, und morgen wird sie dem hiesigen Landesgerichte eingeliefert werden. Die nicht sicher gestellten Forderungen der Gläubiger belaufen sich auf 8–10.000 Fl.; unter den letzteren befinden sich Geschäftleute verschiedenster Art, vorzüglich Modewarenhändler, dann Wäschereinnen, Kialer, Keller, der Kondiener des „Hotel Wandl“ und ihre Kammerfrau Ferley, welche sie aus Paris mitgebracht hatte. Von letzterer entlehnte Fr. Bogdani ihre ganzen Ersparnisse im Betrage von 600 Fl., und als sie nach Lemberg abreiste, ließ sie die Kammerfrau ohne jegliche Unterstützung im „Hotel Wandl“ zurück, so daß die arme Ferley auf die Mildthätigkeit des Hoteliers angewiesen war. Fr. Bogdani hat sich dergestalt an einem Theile der Mittelart arg verständigt und blüht bereits dafür, allein es ist möglich, daß sie mit dem bloßen Schreien und den Unannehmlichkeiten der Untersuchungshaft davonskommt.

wie ein Mann, ein Fürst, ein Charakter. Er hat sich nie vor dem glücklichen Sieger gebeut, nie die von brutaler Gewalt 1866 geschaffnen Thatsachen anerkannt, nie seiner flüchtigen Würde, seinem männlichen Charakter, seinem unterdrückten guten Rechte das Mindeste im Exil vergeben und nimmt ins Grab die Achtung der Männer, die Sympathie der christlichen Leute, den Haß der Buben und Knechte mit. Bei einem Trost im Sterben mag dem hohen Herrn gereicht haben, daß die brutalen Schöpfungen seines Feinde ihn nicht lange mehr überdauern werden.“ Auf das Schicksal einer in Berlin sehr wohl bekannten Persönlichkeit dürfte der erfolgte Tod des Kurfürsten von ziemlich weittragendem Einfluß sein. Es ist die sehr bekannte Soubrette eines Theaters, die seit mehreren Jahren ihre Bühnenthätigkeit von Wien aus nach Berlin verpflanzt hat und nun wohl den weltbedeutenden Brettern in kürzerer oder längerer Zeit für immer Baute sagen wird. Sie steht seit etwa einem Jahrzehnt zu dem Prinzen von Hanau, einem der Söhne des verstorbenen Kurfürsten in sehr intimem Verhältnisse, in so intimer Beziehung, daß der unverwider egeliche Beweis derselben dem „B.C.“ zufolge bereits seit etwa neun Jahren vorhanden ist. Der bezeugende Dame ist an einer Geheimhaltung dieses Verhältnisses um so weniger gelegen, als es ziemlich offenes Geheimnis ist, daß der Prinz sie bereits längst geheirathet hätte, wenn er nicht seinen Vater und eine Entfernung gefürchtet hätte. Noch vor Kurzem, als sein Sohn sehr gefährlich erkrankt war, brachte der Prinz der ihm ebenso sehr wie die Mutter des Knaben zugehörten, mehrere Worte in Berlin zu, bis die vollständige Genehmigung eingetreten war. Bisher freilich war der Prinz in keiner Weise in der Lage, sein langjähriges Lieblingsprojekt, die Heirath zur Ausführung zu bringen. Seine Verhältnisse waren, so lange der Kurfürst lebte, in der That keineswegs die Glänzendsten. Wurden doch sogar während der Regierungszeit seines Vaters die Manöver des Prinzen von Hanau in dem, der väterlichen Regierungsgewalt so nahen Frankfurt a. M. es zu bewirken, daß er eines Tages auf der Straße von einem Konstabler der damaligen freien Reichsstadt verhaftet und so lange in seinem Hotel mit Subenarrest belegt wurde, bis aus Kassel die fälligen Geider angewiesen waren, um den Prinzen von seinem unfreiwilligen Frankfurter Aufenthalte zu befreien. Bei Gelegenheit des Wiener „Krachs“ soll der Prinz ebenso nicht gerade Seide gesponnen haben. Ob, wie ihre Freunde behaupten, die erwähnte Dame, die übrigens gerade in diesen Tagen nach langer Pause wieder die Bühne betreten hat, wirklich schon früher dem Prinzen zur linken Hand angetraut ist, ist unbekannt.

* Fr. Bogdani verhaftet! Aus Wien, 9. Januar, wird folgendes Skandalen berichtet: Fräulein Wanda v. Bogdani, deren glückliches Debüt in der königlichen Oper noch Wielen in Erinnerung sein wird, (auch dem posener Pöblum von ihrem Gastspiel im Jahre 1873 her) hat einen leichtsinnigen Streich begangen, wegen dessen sie gestern in Lemberg auf Requisition des hiesigen Landesgerichtes verhaftet worden ist. Die Sängerin heißt mit ihrem wahren Namen Klecklowka und stammt aus einer polnischen Schlachtenfamilie. In Paris nahm sie Unterricht im Gesange, dessen gute Resultate bekannt sind. An der königlichen Oper war sie mit einer Monatsgage von 770 Fl. engagiert worden und wollte sich hier häuslich niederlassen. Da kam ihr ein getreuer Anbeiter, der erst dreijährig-jährige Comte van der Mer, nach Wien nach, der durch seine Hebung zu der Sängerin, welcher er das Heirathen versprach, den Großseigneur in Paris lebenden Vaters gegen sich wachgerufen hatte. Dies mag der Grund gewesen sein, daß der Graf nicht in der Lage war, die Geliebte aus den Verlegenheiten zu befreien, in die sie durch überzähliges Schuldenmachen geraten war. Ihre Sage wurde theils geprägt, theils Abzügen von Seite der Direction der königlichen Oper unterzogen, welche sie aus Paris mitgebracht hatte. Von letzterer

Kommandeur des 1. Hannov. Ulan. Regts. Nr. 13, mit der Uniform dieses Regts. zu den Offizieren von der Armee versetzt. Graf von Waldersee, Major, aggreg. dem 1. Hannov. Ulan. Regt. Nr. 13, mit der Führung dieses Regts. unter Stellung a la suite desselben, beauftragt. Delhaes, Hauptm. und Komp. Chef vom 1. Hanseat. Inf. Regt. Nr. 75, in das 1. Posen. Inf. Regt. Nr. 18, Albinus, Hauptm. und Comp. Chef vom 1. Pos. Inf. Regt. Nr. 18, in das 1. Hanseat. Inf. Regt. Nr. 75, — versetzt. v. Leiniger, Hauptm. vom großen Gen. Staate, zum Major befördert. v. Wedell, Gen. Lt. von der Armee, mit Pens. & Disp. gestellt. Dr. Proz, Gen.-Arzt 2. Kl. und Corps-Arzt des VI. Armeecorps, zum Gen.-Arzt 1. Kl. Dr. Neubauer, Ober-Stabsarzt 2. Kl. und Regts. Arzt vom Hess. Füs. Regt. Nr. 80, zum Ober-Stabsarzt 1. Kl. Dr. Saro, Ober-Stabsarzt 2. Kl. und Regts. Arzt vom Ostpreuß. Ulan. Regt. Nr. 8, zum Ober-Stabsarzt 1. Kl. Dr. v. Nutkowsky, Unterarzt der Regt. vom 1. Bat. (Posen) 1. Vol. Landw. Regts. Nr. 18. Dr. Valentini, Ober-Stabs-Arzt 1. Kl. und Regts. Arzt vom 2. Garde-Drag. Regt., mit Wahrnehmung der divisionären Funktionen bei der 2. Garde-Inf. Div. beauftragt. Dr. Bernachinsky, Stabsarzt der Landw. vom 1. Bat. (Schroda) 2. Pos. Landw. Regts. Nr. 19, der Abschied bewilligt.

* **Diebstähle.** Aus einem verschlossenen Keller in der Gr. Gerberstraße wurden in der Nacht vom 8.—9. d. Mts. 12 Flaschen Wein, sowie Kartoffeln und Kohl gestohlen. Aus einem anderen Keller in demselben Hause wurden gleichfalls 25 Flaschen Wein gestohlen. — Aus einer Wohnung in der Berlinerstraße wurde eine Badewanne entwendet. — Verhaftet wurde ein Arbeiter, welcher gestern Nachmittags von einem Schlitten, der auf dem Hofe einer hiesigen Destillation stand, zwei Mäntel und außerdem einen Sack mit Futter und ein Hund den gestohlen hatte. Heute früh hat die Frau des Diebes die Mäntel auf dem hiesigen Kriminalpolizei-Bureau abgeliefert. — In Oppeln sind in der Nacht vom 9.—10. d. Mts. im Hause Einbruch 6 Stück Schlesische Bogenkredit aktien-Bankspandbriefe à 500 Thlr. nebst Coupons, 1000 Thlr. in Gold, Silber und Papier, eine Preußische und eine Sachsen-Banknote, eine goldene Damenuhr und verschiedene alte Münzen gestohlen worden.

XX Aus der Provinz, 7. Januar. [Neujahrsfreunde für Elementarschulehrer.] In Nr. 4 des "Amtlichen Schulblatts" für die Provinz Posen sah sich die Königliche Regierung veranlaßt, unter dem 12. Februar v. J. den Schulvorständen und Lehrern Folgendes bekannt zu geben. Es sei die Wahrnehmung gemacht worden, daß einzelne Schulvorstände und Lehrer die Abhebung der ihnen aus der Staatskasse ausgesetzten, in Quartalräten pränumerando (also am 2. Januar, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober) zahlbaren Buschlässe ungebührlich verbaere, so daß es für die mit der Zahlung beauftragten Kassen unmöglich sei, den erforderlichen Abschluß rechtzeitig zu bewirken. Wir schenken uns", so heißt es weiter, "daher veranlaßt, die Schulvorstände sowie die Lehrer darauf aufmerksam zu machen, daß, falls solche Ordnungen widrigkeiten abermals vorkommen sollten, angenommen werden müßte, die Buschlässe seien entbehrlich und daß wir demgemäß daran bedacht zu nehmen genötigt sein würden, wegen Zurückziehung derselben das Erforderliche zu veranlassen." Einem so deutlich ausgesprochenen Finaurzeige wird sich nun wohl kaum ein, ohnedies lärmlich bestolzer Elementarschullehrer verschließen und so sanden sich dann, — um sich du chaus keine Ordnungswidrigkeiten" zu schulden kommen zu lassen und auch den rechtzeitigen "Kassenabschluß" nicht zu verhindern, — am Sonnabend den 2. d. M. eine Anzahl Lehrer auf der königlichen Kreislinie zu P... zur Abhebung der ihnen wider rufflich gewährten Stellen- resp. Dienstalterszulagen ein. Mehrere derselben waren aus einer Entfernung von 2—3 Meilen, bei einer Rätte von 20 Grab, herbeigefommen. Da wurde ihnen aber vom Kassendienner eröffnet, "für die Herren Lehrer sei noch nichts angewiesen, erst in der nächsten Woche würde das geschehen, sie mögten also später wieder kommen." — Die Kassen-Händler der Landeschulen bestellen sich in der Regel nicht allzu sehr mit Eingabe der Schulunterhaltungsbeträge, — manche können dies auch nicht, da ihnen die Beitrags-Nebenabgaben nicht rechtzeitig zugestellt werden, — und so geschieht es häufig, daß die Lehrer Wochen, ja Monate lang auf ihre Beitrags-Nebenabgaben warten müssen. Tritt dann nun gar ein Fall ein, wie der oben angeführte, so gerathen die betreffenden Lehrer in die That in eine gar bedauernswerte Lage. — Der Herr Minister hatte, wenn wir nicht irre, im vorigen Jahre festgesetzt, daß Elementarlehrer, welche bereits über 20 Jahre im Amt seien, eine Dienstalterszulage von 60 Thlr. jährlich gewährt werden sollte. Dagegen giebt die kgl. Regierung in Nr. 23 des "Amtl. Schulblatts" unter dem 19. Dezember 1874 bekannt, daß die den Elementarlehrern diesseitigen Verwaltungsbereichs niderursprünglich gewährten Dienstalterszulagen für das Jahr 1875 mit Rücksicht auf den Betrag der zur Verfügung stehenden Mittel zunächst in folgender Weise anzusetzen werden: a) an die in den Jahren 1849 und Vorjahr angesetzten Lehrer mit 120 Mark, b) an die in den Jahren 1850, 1851 und 1852 angesetzten Lehrer mit 90 Mark und c) an die in den Jahren 1853—1862 angesetzten Lehrer mit 60 Mark und daß die Zahlung dieser letzteren niderursprünglichen Dienstalterszulagen durch die betreffenden Kreiskassen in Quartalräten pränumerando zu erfolgen habe. Diese niderursprüngliche Dienstalterszulage beträgt demnach für Lehrer, welche erst etwa 25 Jahre im Amt sind, ebensoviel, als für Lehrer, welche schon eine Dienstzeit von 40 bis 50 Jahren hinter sich haben.

g. Nawitsch, 8. Januar. (Auszeichnung.) Bei der Wiener Weltausstellung wurde die hiesige Firma Salomon Cohn und Sohn für die Fabrikation hermetisch geschlossener Öfen ausgezeichnet. In den nächsten Tagen erhält der Chef der Firma, Herr Stadtverordneter Joseph Cohn, aus Berlin das prächtig ausgestattete Anerkennungsdiplom nebst einem sehr ehrenvollen Schreiben des Vorsitzenden Komites des der deutschen Abteilung. Es ist dies um so mehr hervorzuheben, als unsere Provinz in industrieller Beziehung im Allgemeinen nicht besonders hervorzuheben.

(A. S.) Bromberg, 10. Januar. Die hiesige Regierung hat unter dem 30. November 1874 folgende Bekanntmachung erlassen, welche demnächst amtlich veröffentlicht werden wird:

Bei Bekanntigung entstandener Zweifel machen wir darauf aufmerksam, daß in der Regel die Schulgemeinden zur Vorauszahlung des Gehalts in Quartalräten an solche Lehrer, welche nicht im kollegialischen Verhältnisse stehen, keine Verpflichtung haben. Um Ausnahmen von dieser Regel begründet erscheinen zu lassen, bedarf es des Vorhandenseins eines besonderen Rechtstitels. Es wird daher die Zahlung aller aus Staatskassen fließenden Einkommens-Aufbesserungen für Lehrer vom kommenden Jahre ab monatlich pränumerando erfolgen, indessen mit der Modifikation, daß die Empfangsberechtigten die Zahlung zusammen für je ein Quartal nach ihrer Wahl auch am 1. eines jeden dritten Monats in Empfang nehmen können. Über die Lieferungsfristen der Naturalabgaben an Lehrer bleibt zunächst das Herkommen in den einzelnen Schulbezirken oder Dörfern maßgebend.

J. Nowrażlaw, 8. Januar. [Bürgerversammlung.] Gestern Abend fand hierstelb die erste diesjährige Versammlung des hiesigen Bürgervereins unter Vorsitz des Rechtsanwalt Kleine statt. Zunächst stand auf der Tagesordnung Bericht des Herrn Disputations-Kommissarius Volkmann über das Armenwesen. Doch erhielt der Referent Aufschub bis zur nächsten Versammlung. Herr Jacobson sollte darauf über das öffentliche Fuhrwesen berichten, war aber nicht erschienen, trotzdem wurde der Gegenstand zur Diskussion gestellt und dabei konstatiert, daß gerade bezüglich des öffentlichen Fuhrwesens hier der größte Missstand herrsche, daß besonders für die Einrichtung eines geregelten Fuhrwesens noch immer nicht das Erforderliche getan sei, während andere Städte sofort nach Eröffnung eines Eisenbahnverkehrs für ein geregeltes öffentl. Fuhrwesen nach Kräften Sorge getragen hätten. Der Man gel an Droschken hätte hier u. o. zur Folge, daß man, obgleich zwischen der Stadt und dem Bahnhof verschiedene Fuhrwerke fuhrfertig, sehr oft wegen eines Fuhrwerks kein Verlegenheitsei. Die Versammlung neigte sich nach einer eingehenden Diskussion über den Gegenstand zu dem Be-

schluß, eine Petition an den Magistrat wegen Erlass eines Reglements in Betreff des öffentlichen Fuhrwesens, insbesondere des Droschkenfuhrwesens, zu richten. — Hierauf gelangte die Wasserfrage zur Diskussion. Der Vorsitzende bemerkte, daß nach einem von einem Sachverständigen abgegebenen Gutachten diese Angelegenheit sich für uns ganz besonders günstig gestalten werden, indem die in der Nähe der Stadt befindliche wasserhaltige Sandbank einen so ungeheuren Wasservorrath enthalte, daß ein Wassermangel vor der Hand nicht zu befürchten sei. Auf die Reichhaltigkeit des Wasserlagers wiesen, so bemerkte ein Mitglied der Versammlung, vor allen Dingen auch die ungeheuren Wassermengen hin, die auf dem Klaufischen Salzbergwerk und dem Grundmann'schen Schwefelsbergwerk zu Tage getreten seien, und die man besonders aus ersterem nach monatelangem Pumpen noch nicht habe aus den Schächten herausholen können. Diese günstigen Aussichten brächten aber die Wasserleitungfrage immer noch nicht zum Ausdruck und empfehle sich zu einer Erörterung für jede Sitzung des Vereins. Ungünstiger lauteten, so bemerkte der Vorsitzende über den viersten Gegenstand der Tagesordnung: der Neue Stich-Kanal, in dem einer Witterung des königl. Kreisbaumeisters Herr Küngel zu Folge die Anlage eines solchen Kanals in möglichster Nähe der Stadt wenig Aussicht hätte realisiert zu werden. Die Frage wird, da der Kreisbaumeister Küngel nicht anwesend ist, ebenfalls für eine nächste Versammlung offen gehalten. — Der Vorsitzende berichtet sodann über die Tatsache, daß der Kreistag am 12. Dezember v. J. der von den Gemeindevertretungen beschlossenen Inkommunalisierung von Großwo seine Zustimmung ertheilt habe und bemerkte dazu, daß die gefassten Beschlüsse nur noch der staatlichen Besäugung besonders der Sanktion allerhöchsten Ortes bedürften. Auch bei diesem Punkte entwickelte sich eine lebhafte Debatte. Es wurde zunächst darauf aufmerksam gemacht, daß den für die Stadt so günstigen Beschlüssen zwei mächtige Stimmen entgegengestanden und zwar die des k. Salinenkönigreichs und der Oberschlesischen Eisenbahn und daß diese beiden noch immer Faktoren seien, mit denen man rechnen müsse. Die Inkommunalisungsangelegenheit, die für unsere Stadt geradezu zur Lebensfrage geworden sei durch die bisher gefassten Beschlüsse noch nicht zum Abschluß gebracht und es sei ziemlich sicher, daß die Proteste der beiden gen. Stimmen gerade in den höheren Verwaltungskreisen auf den günstigsten Boden fallen dürften. Die Gefahr sei also für die Stadt noch nicht vorüber und der Bürgerverein müsse es als seine Pflicht betrachten, die städtischen Behörden darauf aufmerksam zu machen. Der Verein beschließt deshalb, eine Petition an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung zu richten, in welcher er diese erfordert, eine Declaration nach Berlin zu senden, die an maßgebender Stelle auf die Verstärkung der in dieser Angelegenheit bisher gefassten Beschlüsse nach allen Kräften hinwirkt.

Vermischtes.

Breslau, 10. Januar. [Jubiläum des Professor Göppert und Geb. Justizrat Wachler. Marktstandortsgeld. Aschendorf in Wien. Circus Carré.] Zwei hochbetagte und weit über die Provinz hinaus bekannte Männer feiern in den nächsten Tagen ihr 50jähriges Dienstjubiläum und zwar der Geb. Medizinalrat Prof. Dr. Göppert und der Geb. Justizrat, Chef des hiesigen Kreisgerichts, Wachler. Der Erste, der Gründer unseres botanischen Gartens in seinem jetzt gen. Umfang und Verbesserer unserer Promenaden-Anlagen hat vom Beginn seiner wissenschaftlichen Laufbahn bis zum heutigen Tage, wo sein Name in ganz Deutschland bekannt ist, Breslau nemals auf längere Zeit verlassen, während Wachler seit vielen Jahren Mitglied des Hauses der Abgeordneten und einer der eifrigsten Vertreter des Liberalismus ist. Die Bevölkerung an beiden Ehrentagen wird eine außerordentlich große sein. — Seit dem 1. Januar wird von allen Händlern auf öffentlichen Plätzen und Straßen ein Marktstandsgeld erhoben, welches auf derselben Grundlage, wie die ehemalige Brünnesteuer, basirt, d. h. die Abgabe wird nach dem Fixeinkauf erhoben. Das Ministerium hat diese Steuer unter der Bedingung genehmigt, daß der Ertrag für Marktzwecke verwendet werde. Die neue Errichtung hat unter den Interessenten viel Blut gemacht und gibt bei den täglichen von den betreffenden Erhebern vorgenommenen Vermessungen zu steten Reibungen Veranlassung. Abzuwenden ist nicht, daß die ländlichen Zufahren nach dem Innern der Stadt seit Einführung der Steuer wesentlich abgenommen haben und den Zwischenhandel in einer Weise florirt, wie noch nie. Um nun den möglichst wenigen Platz versteuern zu dürfen, häufen die zu Markte kommenden Landleute, Krämer- und Markthändler ihre Waaren so hoch über einander als nur irgend möglich, und man sieht besonders die Körbe drei- und vierfach über einander gehäuft, so daß die eigentliche Besichtigung der Waaren resp. ein Überblick über dieselben ganz unmöglich wird. Auch hinsichtlich der Ausführung der neuen Anordnung herrscht unter den Erhebern noch große Unklarheit, denn ein socher vermag dieser Tage unter dem großen Jubel des sich rasch ansammelnden Publikums die Umgebung eines mit Kartoffeln beladenen Fuhrwerks, welches auf der Straße hielt, um demnächst nach seinem Bestimmungsort weiter zu fahren. — In einer überwiegend von Frauen besuchten Versammlung von Marktanträubern — die sehr unter dem Mangel parlamentarischer Formen zu leiden hatte — ist eine Petition beschlossen, worin entweder um gänzliche Abhebung der Abgabe oder um Heraufsetzung derselben auf 4 Pfennige für den Raum eines Quadratmeters gebeten wird. — Unser Stadt-Theater hat eine zweite Filiale in Wien errichtet, indem Herr Direktor Raveré die dortige komische Oper auf 6 Wochen gemietet hat, um dort täglich das Volksmärchen "Aschenbüdel" aufzuführen. Bei diesem Behufe sind außer den erforderlichen Dekorationen etc. auch die Träger in der Titelrolle "Fräulein Ulrich", sowie der Ballettmaster Ambrogio und ein Theil des Balletts nach Wien abgegangen. — Vorgestern ist der Niederländische Kunstreiter-Circus Oscar Carré hier eingetroffen und hat gestern seine Eintritts-Vorstellung vor ausverkauftem Hause, welches über 2000 Plätze zählt, gegeben. Die Gesellschaft besteht mit allem Zubehör aus 160 Personen mit 120 Pferden.

* Berlin, 9. Januar. In der heutigen Verhandlung des Prozesses wider den Conditor Böhm und den Arbeiter Wohlmann wegen des Einsuchs in Hotel des englischen Gesandten und anderer sehr einflussreicher Büros suchte der Angeklagte Böhm ein Alibi für die Nacht des 7. zum 8. Juni, in der das Hauptverbrechen geschehen zu erweisen, ein Verhör, der ihm jedoch vollständig misslang. Von Interesse waren die Aussagen des Herrn Albrecht, Haus- und Hofmeisters im Postgästehotel der englischen Gesandtschaft. Derfelte rekonstruierte die Goldschmiede und Juwelen des Lords Russell und beklagte tief, daß aus etwa 40 kleinen goldenen Uherrahmen, die Originale großer Meister (Rubens, van Dyck etc.) herausgebrochen und wahrscheinlich aus Unternutz vernichtet worden sind, welche allein mindestens einen Wert von 10,000 Thalern resp. äsamt haben. — Die unverkennbare Kaiser beschwört, daß das im Gesellschaftshotel gefundene Messer, nicht wie die Anklage und ein Zeuge behauptet, das seine sei. Sie muß aber zugeben, daß sie unter fittenpolizeilicher Beaufsichtigung steht und daß Böhm ihr jetziger Buchalter ist. — Der Staatsanwalt Dr. Solomon nennt in der Begründung seiner Anklage zwei der gefährlichsten Verbrecher Berlins, er sagt gar keinen Zweifel, daß Wohlmann mit dem Geiste Böhms in allen zur Anklage gestellten Fällen war, obwohl es der Anklage nur in einem Falle möglich war, daß gemeinschaftliche Arbeitshilfe bei der Subjekte nachzuweisen, und hält es für geboten, durch die strengste Bestrafung beide Verbrecher für längere Zeit unschädlich zu machen. Der Gerichtshof verurteilte nach dem Wahrspruch der Geschworenen den Böhm als den Anschafter zu zehn Jahren Zuchthaus, den Wohlmann zu fünf Jahren Zuchthaus. — Beide Angeklagten tanzen nach dem Urteilsspruch ganz vergnügt in der Detentionzelle umher.

* Die Humanität unsres Reichskanzlers hat sich in folgender Anrede bewiesen. Die Angehörigen von schwerkranken und in Militärlazaretten pötzlich verstorbenen Soldaten haben darüber Beschwerde geübt, daß ihnen weder von der Extraktion noch von dem Abschluß eine Nachricht zugegangen, dies vielmehr erst später

nach der Beerdigung geschehen ist. Zur Hebung des Vertrauens der Soldaten zur staatlichen Fürsorge und auch im militärdienstlichen Interesse hat das Kriegsministerium angeordnet, daß künftig in allen Fällen, wenn nach ärztlicher Ansicht der Zustand des Schwerekranken bedenklich erscheint, Seiten der Lazarettsverwaltungen die Angehörigen schleunigst benachrichtigt werden sollen. Der Reichskanzler, welcher von dieser Anordnung Kenntnis erhalten hat, hat sich zur Übernahme sämtlicher Kosten, welche durch die Absentierung telegraphischer Depeschen etwa erwachsen, bereit erklärt.

* **Scat-Stephan.** Eine berliner Scatgesellschaft spielt nur noch deutsche Scat, d. h. die bei diesem Spiele üblichen Fremdwörter, wie tourné, solo, nulouvert, grand, passé etc. werden vollständig vermieden und dafür lauter deutsche Ausdrücke, als: wenden resp. Wende, Spiel, aufgedeckt, Großspiel, weiter etc. gebraucht.

* **Paderborn.** 7. Januar. Heute wurde die Witwe des verstorbenen Centraalführers Hermann v. Mallinckrodt, Thella, geb. Freiin von Bernhard in Nordborchen, von einem Söhnchen entbunden. Die von München zur Pflege der Böhrerin anwesende Mutter, Freiin von Bernhard, geb. Freiin von Lohberg, und der Abg. Windhorst werden bei dem Kind Bathenstelle vertreten.

* **Isabella.** die spanische Königin-Mutter und Besitzerin der Tugendrobe in Madrid ankomme. Kinder machen Leute, das paßt auch auf angehende Könige. Cumberland, der englische Schneider in der Rue Scribe, Paris, hat eine bedeutende Bestellung von Alonso empfangen. Es hat bereits mehrere Anzüge in das Hotel Astoria gekommen, darunter einige Intermezzo- und Gala-Marschallsuniformen. Erste sind aus dunkelblauem Tuche mit goldenen Knöpfen und die Letzteren sind aus weißem Tuche mit reicher Stickerei, namentlich auf dem Kragen, den Taschenpatronen und den Aufschlägen. Die Gala-Hofstühle sind noch nicht fertig und werden ebenfalls im Stile des großen Monarchen, von ungewöhnlicher Pracht sein. Da der junge König ganz häufig zu Pferde gelesen werden wird, sind seine Uniformen darauf berechnet, der Natur zur Hilfe zu kommen und ihm eine sehr volle Brust und volle Schultern zu geben. Der mit Diamanten bekleidete Degen Ferdinand VII. ist nebst einigen Dekorationen zu einem Juwel in der Rue de la Paix zur Reinigung gesandt worden. Der junge König wird ein ganzes Sortiment Juwelen von Paris mitnehmen, die unter die Gemahlinnen der ihm unverstümmelten Generale verteilt werden sollen. Ob die Mützen aus dem hermelinbesetzten Königsmantel geklopft sind, ist nicht gesagt. Mit dem Ausklopfen der Hüte soll bis zur Ankunft in Madrid gewartet werden.

* **Winter in Russland.** Der "Russischen Zeitung" berichtet man von folgendem merkwürdigem Elementar-Ereignisse, das sich im Tambow und Penza-Gouvernement am 23. Dezember abgetragen hat. Nachdem schon vom frühen Morgen an ein heftiger Südwind geweht hatte, stellte sich gegen zehn Uhr Vormittags ein überaus heftiger Orkan ein, der mit Donner und Blitzeschlägen über zwei Stunden wütete. Die Einwohner der Stadt (Merschansk) glaubten nicht anders, als es sei das Ende der Welt gekommen, und legten die ganze Zeit hindurch vor den Heiligenbildern auf den Knien. Nachdem sich der Sturm gelegt hatte, fand man eine gräßliche Verwüstung. Eine Menge hölzerne Häuser wurde zum Theil oder ganz zerstört, und selbst von festgebauten steinernen Häusern wurden die Dächer abgetragen, darunter von allen Verkaufsläden auf dem Bazar. Bauernhäuser in der Umgebung verschwanden ganz vom Erdboden, ohne daß eine Spur von ihnen entdeckt werden konnte. Zwei Frauen wurden vom Bazar erschlagen. — Aus Kasatsch wird dagegen gemeldet, daß dort bereits seit zwei Wochen überaus starke Räte herrscht. Der Bazar, dessen Wölfe sich eben im Stadium des Gestierens befinden, entstend ganze Wolken von Ausdrückungen, die sich namentlich für die Telegraphenleitungen als verderblich erweisen. Sie legen sich an die Drähte, die Eiskrüppen bildend, unter denen die Drahtstangen der Leitungen zusammenbrechen.

Briefkästen.

A. in J. Lesen Sie denn unsere Zeitung nicht? Die Chronik steht ja bereits in Nr. 11!

B. in A. Wir glauben, daß es nur im Interesse des von Ihnen Vertheidigten liegen kann, wenn der Ausgang des Prozesses abgewendet wird. Sonst würde die Aufnahme Ihrer langen Vertheidigung nur dazu dienen, uns Entgegnungen zu verschaffen, welche den Namen unseres Blattes noch mehr verkürzen.

M. in Gnesen. Die Beamten werden von ihrem ganzen Gehalte zur Klassensteuer herangezogen; dagegen nur von der Hälfte ihres Gehalts zur Kommunal-Groundsteuer.

Gesamtwertlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Breslau.

Bis 10 Uhr Abends eingegangene Depeschen.

Berlin, 11. Januar. Der Reichstag genehmigte in zweiter Lesung das Landsturmgesetz und nahm die Hauptparagraphen fünf, betreffend die eventuelle Ergänzung der Landwehr durch aufgebotene Landsturmpflichtige, in namentlicher Abstimmung mit 176 gegen 104 Stimmen an. (Dagegen stimmten das Zentrum und die Fortschritts-Partei.) General Voigts-Rhees betonte, daß dem Gesetz keine provokatorische Tendenz beigehebe, und die Gründung irgend welcher offensiven Politik auf den Landsturm unmöglich sei.

Berlin, 11. Januar. Der Regierungsrath Stefanit in Hannover ist zum Oberregierungsrath der Finanzabteilung in Bremen an Stelle des als Regierungspräsident nach Sigmaringen versetzten ehem. Oberregierungsrath Graff ernannt worden.

(Privatdepeche der Polener Zeitung.)

Niels, 11. Januar. Wie die "Niels-Zeitung" erfährt, hat die Admiraalität alle Vorbereitungen getroffen, um nördlichenfalls ohne Zeitverlust die Dampfschiffe "Viktoria", "Laisse" und "Augusta" in die spanischen Gewässer zu beordern.

Kassel, 11. Januar. Die Ankunft der Leiche des Kurfürsten und gleichzeitig der Mitglieder der Kurfürstlichen Familie wird morgen Nachmittag erwartet. Die Beisetzung in der Familiengruft erfolgt unmittelbar vom Bahnhof aus, wo der Oberpräsident und der kommandirende General die Leiche empfangen. Das 83. Regiment bildet Spalier.

Wien, 11. Jan. Wie hiesigen Blättern aus Prag gemeldet wird, traf daselbst heute ein preußischer Bevollm

Beilage zur Posener Zeitung.

Nr. 25. Dienstag.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur Kenntniß gebracht, daß die Anmeldung von Versorgungs-Ansprüchen der Teilnehmer am dem Feldzug 1870/71, welche in dem gedachten Feldzuge sich eine Dienstbeschädigung zugesogen haben wollen, vor dem

20. Mai 1875

stattgefunden haben muß; da die Ansprüche demnach beim Kreis-Erfassungsamt pro 1875 zur Prüfung gelangen, so müssen etwaige Anträge spätestens bis zum

1. April er.

dem unterzeichneten Kommando vorgelegt werden.

Posen, den 8. Januar 1875.

Königliches Landwehr-Bezirks-

Kommando.

Buchholz,

Oberst d. D. und Bezirks-Kommandeur.

Offene

Stadtkreisstelle.

Die hiesige Stadtkreisstelle mit einem Jahresgehalte von 1050 Mark ist schleunigst wieder zu besetzen.

Bewerber mit der erforderlichen Geschäftsbildung und der polnischen Sprache mächtig, vorzugsweise versorgungsberechtigte Militair-Anwärter, wollen sich unter Beifügung ihrer Zeugnisse unverzüglich melden.

Eine sechsmonatliche Probiedienstleistung wird vorbehalten.

Kosten, den 8. Januar 1875.

Der Magistrat.

Handels-Register.

Es ist eingetragen:
1) in unser Firmen-Register bei Nr. 73, woselbst die hiesige Firma **Adolph Kantorowicz** und als deren Inhaber der Kaufmann **Adolph Kantorowicz** zu Posen aufgeführt steht, in Kolonne 6:

Der Kaufmann **Berthold Kantorowicz** zu Posen ist mit dem 1. Januar d. S. das Handelsgeschäft des Kaufmanns **Adolph Kantorowicz** als Handelsgefällchter eingetreten, demzufolge ist die Firma hier gelschift und die nunmehr unter der gleichnamigen Firma bestehende offene Handelsgesellschaft in das Gesellschaftsregister unter Nr. 254 eingetragen;

2) in unser Gesellschafts-Register unter Nr. 254 die in Posen unter der Firma **Adolph Kantorowicz** seit dem 1. Januar d. S. bestehende offene Handelsgesellschaft und als deren Gesellschafter:

1) der Kaufmann **Adolph Kantorowicz**,
2) der Kaufmann **Berthold Kantorowicz**, Beide zu

Posen;

Zufolge Verfügung vom 5. Januar 1875

am heutigen Tage.

Posen, den 6. Januar 1875.

Königliches Kreis-Gericht.

Aufgebot.

Ein Wechsel de dato Trzemeszno, den 7. März 1874 über 100 Thlr. gezogen von Anton Miszkiewicz auf die verelichte Grundbesitzerin Słivinska zu Kożewo, von dieser mit Genehmigung ihres Geheimes Constantin Słivinski acceptirt, zahlbar am 7. September 1874 und durch Blanco Endostitut des Anton Miszkiewicz auf den Bau-Aufseher Bimpelin in Mogilno übergegangen, ist letzterem am 2. August d. in Mogilno verloren gegangen.

Der unbekannte Inhaber dieses Wechsels wird demnach aufgefordert, denselben spätestens zum 20. April 1875 dem unterzeichneten Gerichte vorzulegen, indem sonst der Wechsel für fristlos erklärt werden soll.

Trzemeszno, den 4. November 1874.

Königliches Kreis-Gericht.

Erste Abtheilung.

Der Preis für 50 Kilogramm, oder 1 Gr. Rüfekohlen, und für 50 Kilogramm, oder 1 Gr. Förderkohlen, der fiskalischen Königsgrube wird vom

15. Januar d. J.

ab für den Detail-Verkauf auf 40 Reichspf. festgesetzt.

Königswütte, 6. Januar 1875.

Königliche Berg-Inspektion.

Bekanntmachung.

Die Kassenbehördenstelle bei der Kreis-Kasse woselbst ist vacant und soll sofort wiederbesetzt werden. Monat. Gehalt 60 bis 90 Mark. Bewerber wollen sich unter Vorlegung von Zeugnissen in dem Kassen-Lokal Breslauerstraße Nr. 39 melden.

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen am 13. Januar 1875, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung:

- 1) Einführung und Verpflichtung der neu- resp. wiedergewählten Stdtverordneten.
- 2) Wahl d.s Stadtverordneten-Vorsitzenden und dessen Stellvertreters pro 1875.
- 3) Wahl der Mitglieder zu den Fachkommissionen pro 1875.
- 4) Entlastung der Marstall-Rechnung pro 1873.
- 5) Desgl. der Handsteuer-Rechnung pro 1873.
- 6) Desgl. der Wasserwerks-Rechnung pro 1871/72.
- 7) Feststellung des Tariffs für die städtische Waage-Anstalt.
- 8) Wahl einer Nellamations-Kommission gemäß § 9 des Gemeindesteuer-Regulativs.
- 9) Entlastung der Depositall-Rechnung pro 1870.
- 10) Desgl. der Stadtschulden-Tilgungs-Kassen-Rechnung pro 1870.

Bekanntmachung.

Zu dem Konkurs nad majakiem kupca Dawida Gellerta w Kobylinie zomelował kupiec Mauryce Brandt w Pleszewie kilka należyciści wekslowych w ogólnej sumie 492 tal. 20 sgr. i majorz garbarski Tschaeche w Zdunach trzy należyciści za towary, z których zjuż sa prawomocne, w kwocie 128 tal. 18 sgr.

Termín do rozpoznania tych należyciści wyznaczony jest na

Obwieszczenie.

Do konkursu nad majakiem kupca Dawida Gellerta w Kobylinie zomelował kupiec Mauryce Brandt w Pleszewie kilka należyciści wekslowych w ogólnej sumie 492 tal. 20 sgr. i majorz garbarski Tschaeche w Zdunach trzy należyciści za towary, z których zjuż sa prawomocne, w kwocie 128 tal. 18 sgr.

Termín do rozpoznania tych należyciści wyznaczony jest na

den 5. Februar 1875,

Nachmittags 3 Uhr,

vor dem Kommissar, Kreisgerichtsrath Leo hier selbst, im Terminzimmer Nr. 28, anberaumt, wovon die Konkurs-Gläubiger in Kenntniß gesetzt werden. Krotoszyn, den 24. Dezember 1874.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissarius des Konkurses.

o godzinie 3. popołudnia

przed komisarzem konkursu, radzeą sądu powiatowego Leonem w Izbie instrukcyjnej Nr. 28, w miejscu o czem wierzycte konkursowi się zawiadamiają.

Krotoszyn, dnia 24. Grudnia 1874.

Król. sąd powiatowy.

Komisarz Konkursu.

Bekanntmachung.

In den Forsten des Fürstenthums Krotoszyn sind 1360,02 R.-Mtr. Eichen-Nußholz, resp. Schiffsholz angefallen, welche in 7 Losen im Wege der Laiation in nachstehender Reihenfolge an den Meistbietenden werden verkauft werden.

Los 1 umfaßt	84 Stämme mit 125,72 Kub.-Mtr. im Rev. Hellefeld,	Blankenfelde,
2	233	312,06
3	100	211,64
4	128	144,88
5	276	413,85
6	78	81,93
7	57	69,94

Zu dem am

26. Januar er., Vormittags von 10 Uhr ab, in dem Amtslokale der h. Rentkammer hier selbst abzuhaltenen Lizitations-Termin laden wir Kaufleute mit dem Bemerkung ein, daß die Lizitations-Bedingungen und Aufnahmeregister bei den betreffenden Revierförstern und Förstern eingesehen werden können. — Letztere sind angewiesen, den sich meldenden Interessenten die Besichtigung der Hölzer zu gestatten.

Jeder Lizitant hat eine Kautio von 33½ p.Ct. des Tarmerthes desjenigen Loses, auf welches er bieten will, in preußischem Gelde oder inländischen kursfähigen Wertpapieren zu erlegen.

Die Kaufgelder sind innerhalb 14 Tagen nach dem Zuschlage zu zahlen. — Letzterer erfolgt, falls ein entsprechender Preis erzielt wird, und findet eine Versteigerung sämtlicher Lose zusammen nicht mehr statt.

Schloß Krotoszyn, den 8. Januar 1875.

Fürstlich Thurn- und Taxis'sche Rentkammer

Krotoszyn.

Fürstlich Thurn- und Taxis'sche Forst-Amt

Bothe.

A. Schule für Bauhandwerker und sonstige Baubefähigte.

B. Schule für Maschinen- und Mühlenbauer etc.

Der Unterricht des Sommersemesters beginnt am 3. Mai. Anfang des Vorbereitungunterrichts für die III. Klasse am 6. April. Spezielles Programm auf Anforderung gratis. Anmeldungen möglichst frühzeitig zu richten an den

Direktor der Baugewerkschule.
G. Haarmann.

Krüsche & Jahn,

Hamburg,
holl. Brook 26.

Cigarren-Fabrik.

Lager echt imp. Havanna-Cigarren.

NB. Preis-Courante gratis.

Sendungen von 1/2 Mille an franco und verzollt.

Notwendiger Verkauf.

Das im Kreise Schrimm belegene, im Grundbuche Band III, Blatt 625 verzeichnete, dem Roman v. Otocki gehörige Gut **Zaborowo** und **Sroczewo** mit dem Vorwerke **Josefowo**, dessen Besitztitel auf den Namen des selben berichtet steht, und welches mit einem Flächeninhalt von 601 Hektaren 46 Acre 10 Quadratstad der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 1047½ Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswert von 293 Thlr. veranlagt ist, soll im Wege der notwendigen Substaftion am

Mittwoch

den 17. März f. J.

Vormittags 11 Uhr

im Lokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 3, versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuervolle, der Hypothekenchein von dem Grundstück und alle sonstigen dasselbe betreffenden Nachrichten, sowie die von den Interessenten etwa noch zustellenden besonderen Verkaufsbedingungen können im Bureau III. des unterzeichneten Königlichen Dienststifts während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigentumsrechte oder welche hypothekarisch nicht eingetragene Rechte, zu deren Wirkamkeit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekenbuch gesetzlich erforderlich ist, auf das oben bezeichnete Grundstück geltend machen wollen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche spätestens in dem obigen Versteigerungstermine anzumelden.

Der Beichluss über die Ertheilung des Zuschlags wird in dem auf

Sonnabend

den 20. März f. J.

Mittags 12 Uhr

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 3, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Schrimm, den 13. Dez. 1874.

Königliches Kreisgericht I.

Der Substaftions-Dichter.

Z. Z. 20. März f. J.

Mittags 12 Uhr

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 3, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Sonneberg, den 13. Dez. 1874.

Königliches Kreisgericht II.

Der Substaftions-Dichter.

Z. Z. 20. März f. J.

Mittags 12 Uhr

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 3, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Sonneberg, den 13. Dez. 1874.

Königliches Kreisgericht III.

Der Substaftions-Dichter.

Z. Z. 20. März f. J.

Mittags 12 Uhr

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 3, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Sonneberg, den 13. Dez. 1874.

Königliches Kreisgericht IV.

Der Substaftions-Dichter.

Z. Z. 20. März f. J.

Mittags 12 Uhr

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 3, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Sonneberg, den 13. Dez. 1874.

Königliches Kreisgericht V.

Der Substaftions-Dichter.

Z. Z. 20. März f. J.

Mittags 12 Uhr

im Geschäftslokale des unterzeichneten Gerichts, Zimmer Nr. 3, anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Sonneberg, den 13. Dez. 1874.

Preisermähi- gung!

Um auch den weniger Bemittelten den als gesündesten und wohlschmeidendsten Ersatz für Bohnenkaffee längst anerkannten

Brandl's ächten

Kaffee,
welcher namentlich bei Hals- und Brustleiden sowie Nervenschwäche als wohltuendes Getränk, sowie allen Müttern als vorzügliches Nahrungsmittel für Kinder nicht genug empfohlen werden kann, zugängig zu machen, ist der seitherige Preis von 2 Sgr. oder 20 Reichspfennigen auf 15 Reichspf. pro Pa-
kett incl. Gebrauchsan-
weisung

herabgesetzt worden.

Zahlreiche Atteste von
medizinischen Autoritäten.
Zu beziehen durch das General-
Depot **Etna und Co.** in
Frankfurt a. M., sowie in Posen
durch **A. Cichowicz**, Haupt-
Depot.

Verlöhrner Lotterie- Loose.

Hauptgewinn 3000 Mark,
Ziehung am 1. März,
findet a 3 Mark in der Expedition der
Posener Zeitung zu haben.

Die als probates Hausmittel
gegen Verschleimung, Heiserkeit,
Husten, und katarrhalische Affectionen
so beliebt.

**Stollwerck'schen Brust-
Bambons**
aus der Fabrik von
Franz Stollwerck,
Hosfieberant **Köln**
Hochstraße 9

dehnen ihre, in ganz Europa
bereits errungene ausgedehnteste
Verbreitung nunmehr auch auf
alle übrigen Welttheile aus.

Täglich frische Zuckerbräuelein bei
Malwaldt,
St. Adalbert Nr. 3.

Imp. Bahia-Cigarren
a 20 Thlr. empfiehlt
Hugo Tilsner.

Plaumenmus
in vorzüglicher Qualität
offerirt incl. Fäß

1 Cr. ½ Cr. ¼ Cr.

24 Mt. 12. 75. 7. 25.

F. Ploht, Quedlinburg a. S.

Frischen See-Zander

empfingen

W.F. Meyer & Co.

Thee's vorzügliche reinschm. russische
Thee's in allen Sorten, von 20 Sgr.
bis 4 Thlr. pro Pfund, sowie englische
Bläquits und Waffeln, empfiehlt **L.**
Ketschoff j., Wilhelmspl. 6.

Täglich frische

Pfanufuchen
Malwaldt,
St. Adalbert Nr. 3

Eine Wohnung von 2 Stuben, Küche
und Nebengelass ist Verzegungshälber
sofort oder zum 1. April Friedrichs-
straße 13 zu vermieten.

Ein zweifüriges möblirtes hel-
les Zimmer, mit separatem Ein-
gang nach vorn heraus, ist Gr. Gerber-
straße Nr. 5, 1. Etage links, sofort
billig zu vermieten.

Mühlenstraße 32 ist die erste
Etage bestehend aus sechs Zimmer, Küche
und Nebengelass, mit oder ohne Pfer-
destall, vom 1. April c. zu vermieten.

Schützenstr. 19
ist eine Wohnung von 4 Stuben in
der 1. Etage u. zwei Wohnungen von 3
Stuben in der IV. Etage sofort zu
vermieten.

2 flüchtige Barbiergehülfen z. sof.
Antritt verl. **Fuhrig**, fr. Kaufman,
Halbdorffstr. 1.

Zur Ball-Saison

empfiehlt in großer Auswahl

Couleurte Seidenstoffe in den elegantesten
Genres und schönsten Lichtfarben,
Gesellschafts- und Bassroben in den
neuesten Stoffen und Farben

Posen,
Markt 63.

Robert Schmidt

(vormals Anton Schmidt).

Ball- und Gesellschafts - Costumes werden in
fürzester Zeit auf das Geschmackvolle arrangirt.

Coca
Präparate
Dr. W. Strauss
Mohren-Apotheke Mainz

Die wunderbaren Nähr- und Heilkräfte der perua-
nischen Coca-Pflanze von Alex. v. Humboldt mit
den Worten empfohlen „Asthma und Tuberkulose
fehlen bei den Coqueros gänzlich, und ihr Körper
bleibt bei harter Anstrengung tadellos ohne Nahrung
und Schlaf vollkräftig“, von Boerhave, Bonpland,
Tschudi und allen Südamerika-Reisenden bestätigt,
sind von der deutschen Gelehrtenwelt theoretisch
langst, praktisch aber erst seit Einführung der Prof.
Sampson'schen Coca-Präparate der Mohrenapotheke
in Mainz anerkannt, indem diese, weil aus frischer
Pflanze dargestellt, sänmtliche wirksamen Be-
standtheile unverändert enthalten. Diese Präparate, am Krankenbette tau-
sendfach erprobt, sind bei Brust- und Lungengrkrankheiten, selbst in vorge-
schrittenen Stadien, von eminenten Wirkung (Pillen I), heilen gründlich alle
Unterleibs- und Verdauungs-Krankheiten (Pillen II und Wein), sind uner-
setzlich bei allen Nervenleiden und einziges Radikalmittel gegen spec.
Schwächezustände jeder Art (Pillen III und Spiritus). Preis 1 Sch. 3 R. Mk.
6 Sch. 15 R. Mk. 1 Flac. 3 R. Mk. Belehrende Abhandlung Prof. Dr. Sampson's,
der die Coca an Ort und Stelle sorgfältig studirte, franco-gratis d. d. Mohren-
Apotheke Mainz und deren Depots-Apothen:

Posen: Dr. Frankiewicz, königl. Hof-Apotheke. Berlin: B. O. Plag,
Louisestr. 30 Breslau: S. G. Schwartz, Ohlauerstr. 21.

Kalendarz
polski i gospodarski dla W. Ks. Poznańskiego
na rok 1875

wyszedł z druku i oprócz kalendarza kościelnego, astronomicznego, żydowskiego i t. d. zawiera: Komedia w podróży, Czy Wincenty z Szamotuł był zdrajca? Materyalizm i materialiści naszego czasu, Józef Łukaszewicz (biografia), Istota i zalety nowych pieniedzy, redukcja ich na stare i odwrotnie, Wykaz jarmarków W. Ks. Pozn., Prus Wschod. i Zachod. i Śląska, drugi Wykaz jarmarków (chronologiczny) porządkiem miesięcy i dni utoższyony.

Nabyć go można w każdej księgarni. Cena 9 sgr.

Drukarnia Nadworna W. Deckera i Sp.
(E. Röstel)
w Poznaniu.

Wer

Rath zu Insertionszwecken bedarf, der wende sich **Ver-
trauensvoll** an die Annonen-Expedition von
G. L. Daube & Co.

CENTRAL-BUREAU

FRANKFURT a. M.

Petroleum-Lampen,
Petroleum-Kochmaschinen,
Wiener Kaffeemaschinen,
Berzelias-Kessel u. Lampen,
Solinger Messer aller Art
bei

H. Klug,
Breslauerstraße 38.

Am 21. Januar

1875

beginnen die vom Staate garantirten
Ziehungen der bedeutend vergrößerten

Geldverloofnung.

Es kommen folgende Gewinne zur

sicherer Entscheidung:

Der höchste Gewinn im günsti-

gen Fall mit 450.000 Mrl. Cr.

dann stufenweise noch 2099 Haupt-

Gewinne und schließlich 41.400

Gewinne, theil's mit kleinen Über-

schüssen, theil's mit der Einlage.

Ich versende Originalloose in

Briet a 3, Halle a 6, und

Ganze a 12 Mrl. Cr.

Antiliche Pläne und Gewinnlisten

gratis.

M. Holliger,

Holzminden in Brau-

schweig

Kauf-Loose
zur 2. Klasse der
Schleswig-Holsteinischen
Landesindustrie-Lotterie
sind a 21/4 Km. in der Ex-
pedition der Posener Zeitung
zu haben.

H. Klug,

Breslauerstraße 38.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Loose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000 Lose a 20 Markt.)

Diese Lose sind zu haben in

der Exped. d. Pos. Ztg.

Gesamtwerth der Gewinne:

70.000 Thaler.

(8000